Nr. 17 DM 1,–

FACIT

Inhalt

Prof. Dr. Manfred Buhr	Die Menschen machen ihre Geschichte selbst . .	Seite 3
Elisabeth Bessau	Ideologische Fundamente westdeutscher Hochschulreform	Seite 10
Achim Krooß	Der Parteitag der DKP am 12. und 13. April in Essen	Seite 16
Gerhard Bessau	Die dritte Hochschulreform in der DDR als Beispiel fortschrittlicher Bildungspolitik	Seite 20
Dokumente:	Hochschulgesetz – Essentials	Seite 25
	Grundsatzerklärung des SPARTAKUS – Assoziation marxistischer Studenten	Seite 26
Rezensionen	. . . . .	Seite 28
Gerd Nurtsch	Gewerkschaftsseminar – SDS-Spartakus Marburg	Seite 33

Impressum

facit – Zeitschrift marxistischer Studenten August 1969

Herausgeber: facit e. V.

Redaktion: Elisabeth und Gerhard Bessau, Peter Bubenberger, Herbert Lederer, Werner Loch, Gunnar Matthiessen, Anne Nigbur, Rudolf Ohters (verantwortlich)

Anschrift für Vertrieb, Anzeigen und Redaktion: Werner Loch, 5 Köln, Breite Straße 141-143

Konto: Werner Loch (Sonderkonto F.), 5 Köln, Breite Straße 141-143, Postscheckkonto Köln: 1420 25

Einzelheft 1,– DM, Jahresabonnement = 5 Hefte 5,– DM einschließlich Zustellgebühr

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Druck: Peter Millard & Co KG, Köln

Alternativen der Opposition

Herausgegeben von Friedrich Hitzer und Reinhard Opitz

Gunnar Matthiessen, Bilanzen · *Hans Heinz Holz,* Aspekte einer Friedenspolitik · *Reinhard Kühnl,* Faschistische Tendenzen in der Bundesrepublik · *Wolfgang Abendroth / Barbara Dietrich,* Chancen des Grundgesetzes · *Wilhelm M. Breuer,* Der geplante Kapitalismus — Garant für Stabilität und Wachstum? · *Werner Hofmann,* Demokratische Wirtschafts- und Strukturpolitik gegen Vorherrschaft des Großkapitals (Thesen) · *Gerhard Bessau,* Aktive Lohnpolitik auf Kosten der Profitraten · *Steffen Lehndorff,* Funktion und Prinzipien oppositioneller Sozialpolitik · *Hans See,* Mitbestimmung als Weg zur Selbstbestimmung · *Elisabeth Bessau,* Integrierende und gesellschaftsverändernde Mitbestimmungsmodelle · *Kurt Beutler,* Demokratisierung der Schule · *Werner Petschick,* Berufsbildung in der Bundesrepublik · *Volker Gerhardt,* Entmonopolisierung der Wissenschaft · *Horst Holzer / Joseph Schmid,* Massenkommunikation in der Bundesrepublik · *Angelika Mechtel,* Von der Gesellschaft apathisch, passiv und unwissend gemacht: Frauen in der Bundesrepublik · *Heinz Jung,* Neuer Mittelstand oder neue Arbeiterklasse: die Angestellten und Beamten · *Richard Scheringer,* Die Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution als Problem gesellschaftlicher Veränderung in der Landwirtschaft · *Armin Cullmann,* Jugend in Aktion · *Franz Xaver Stützinger,* Thesen zum Sport · *Friedrich Hitzer,* Intelligenz und Politik · *Erasmus Schöfer,* Aufgaben und Möglichkeiten literarischer Produzenten in der Bundesrepublik · *Conrad Schuhler,* Sozialismus oder Barbarei · *Martin Walser,* Rede an eine Mehrheit · *Reinhard Opitz,* Grundfragen oppositioneller Alternative und Strategie

412 Seiten · zweifarbig glanzkartoniert · DM 12,60

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG · KÖLN

Die Menschen machen ihre Geschichte selbst

Prof. Dr. Manfred Buhr

Die Entwicklung des bürgerlichen Denkens wird von der an ihren Anfängen durch Bacon [1]) und Descartes [2]) formulierten Überzeugung vorangetrieben, daß es dem Menschen durch seine Erkenntnisfähigkeit möglich sei, die Natur zu beherrschen und sie seinen Zwecken unterzuordnen. Hinter dieser Überzeugung von der Möglichkeit der Naturbeherrschung durch den Menschen steht unausgesprochen — man kann auch sagen: ahnungsweise — zugleich eine andere, nämlich die, daß der Mensch — mittelbar oder unmittelbar über die Naturbeherrschung — auch die Gesellschaft in seinem Sinne zu gestalten vermag.

Für diese Annahme findet die klassische bürgerliche Philosophie durchgängig von ihren Anfängen bis zu Hegel und Feuerbach die Formel von der „Herrschaft der Vernunft". Wie verschiedenartig die Ausgestaltung der einzelnen Systeme der klassischen bürgerlichen Philosophie auch sein mögen, sie alle zielen auf diese oder jene Weise auf diese Formel und ihre Verwirklichung ab. Man kann deshalb sagen, daß das progressive bürgerliche Denken die rationale Herrschaft des Menschen über Natur und Gesellschaft zu seinem Maß erhebt. Am Ende der Entwicklung wird Hegel den Satz prägen, daß „der einzige Gedanke, den die Philosophie mitbringt, . . . der einfache Gedanke der Vernunft [ist], daß die Vernunft die Welt beherrsche".[3])

„Vernunft" wird in diesem Zusammenhang als das ursprüngliche kritische Vermögen des Menschen gefaßt, sich vom Überlieferten und Überkommenen zu emanzipieren. Sie erscheint in den Systemen der klassischen bürgerlichen Philosophie als diejenige Kraft, welche die überlieferte Ideologie und die überkommene Gesellschaftsordnung des Feudalabsolutismus im Sinne des neuen bürgerlichen Denkens und einer bürgerlichen gesellschaftlichen Entwicklung umzugestalten vermag.[4])

Die Vernunft des bürgerlichen Denkens der Neuzeit geht dergestalt auf das Zentralproblem der Epoche: den Übergang von der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaft. Insofern hat der Begriff der Vernunft der klassischen bürgerlichen Philosophie einen gewollten gesellschaftskritischen Aspekt.[5])

Sieht man von Spinozas „Ethik", vor allem aber von Vicos „Neuer Wissenschaft" einmal ab, die in unserem Zusammenhang neben der französischen, später deutschen Aufklärungsbewegung bis hin zur klassischen bürgerlichen deutschen Literatur (vor allem Goethe) genannt werden müssen, so wird die Idee von der geschichtsbildenden Kraft des Menschen insbesondere bei Kant, Fichte und Hegel zu einem Grundanliegen der geschichtsphilosophischen Reflexion.[6])

In den „Ideen zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht" formulierte Kant:

[1]) Francis Bacon, Das neue Organon, hrsg. von Manfred Buhr, Berlin 1962, S. 365
[2]) René Descartes, Abhandlungen über die Methode, Sechster Abschnitt
[3]) G. W. F. Hegel, Sämtliche Werke, hrsg. von Hermann Glockner, Stuttgart ³1949, Bd. 11 S. 34
[4]) Manfred Buhr/Gerd Irrlitz, Der Anspruch der Vernunft, Berlin 1968, S. 13
[5]) ebenda, S. 15
[6]) Hans Kortum/Winfried Schröder, Artikel „geschichtliches Denken", In: Philosophisches Wörterbuch, hrsg. von Georg Klaus und Manfred Buhr, Leipzig ⁴1969

Fahrstunde 9,45 DM Fahrstunde 9,45 DM Fahrstunde 9,45 DM Fahrstunde 9,45 DM

Ein Begriff für Studierende

FAHRSCHULE HELMIN

Köln · Roonstraße 84 · Ruf 23 81 16

Fahrstunde 9,45 DM Fahrstunde 9,45 DM Fahrstunde 9,45 DM Fahrstunde 9,45 DM

„Einzelne Menschen und selbst ganze Völker denken wenig daran, daß, indem sie, ein jedes nach seinem Sinne und einer oft wider den andern, ihre eigene Absicht verfolgen, sie unbemerkt an der Naturabsicht, die ihnen selbst unbekannt ist, als an einem Leitfaden fortgehen, und an derselben Beförderung arbeiten." [7])

Kants Gedankengang – abzielend auf die Möglichkeit des Menschen, nach erkannten historisch-gesellschaftlichen Gesetzen zu wirken – kommt dann bei Hegel zum Durchbruch und wird zur durchgängigen Einsicht der Philosophie der Geschichte.

Hegel: „Aber im Gange der Weltgeschichte selbst, als noch im Fortschreiten begriffenen Gange, ist der reine letzte Zweck der Geschichte noch nicht der Inhalt des Bedürfnisses und Interesses, und indem dieses bewußtlos darüber ist, ist das Allgemeine dennoch in den besonderen Zwecken und vollbringt sich durch dieselben." [8])

Ungeachtet dessen – so hält Hegel an anderer Stelle fest – „ist die nächste Ansicht der Geschichte . . ., daß die Handlungen der Menschen von ihren Bedürfnissen, ihren Leidenschaften, ihren Interessen, ihren Charakteren und Talenten ausgehen, und zwar so, daß es in diesem Schauspiel der Tätigkeit nur diese Bedürfnisse, Leidenschaften, Interessen sind, welche als Triebfedern erscheinen, und als das Hauptwirksame vorkommen".[9])

Das ist sicher ein Widerspruch – allerdings ein Widerspruch, den jede Geschichtsphilosophie zunächst hinnehmen muß, die eine immanente Begründung der Geschichte zu geben bestrebt und nicht in Teleologie, gar Theologie zu flüchten bereit ist. Denn auf der einen Seite sind es die Menschen, die die Geschichte machen – auf der anderen Seite setzt sich jedoch im Geschichtsprozeß – als Resultat – etwas von diesen Unabhängiges, zumindest von diesen nicht Gewolltes durch. Deshalb werden in Hegels Geschichtsphilosophie der historischen Vernunft vom Menschen Opfer gebracht (bzw. ist er deren Opfer) wie einem Gott der Wilden.

Hegel hat diesen Sachverhalt mit seiner Lehre von der „List der Vernunft" zu umschreiben versucht: „Das ist die List der Vernunft zu nennen, daß sie die Leidenschaften für sich wirken läßt, wobei das, was durch sie sich in Existenz setzt, einbüßt und Schaden leidet. Denn es ist die Erscheinung, von der ein Teil nichtig, ein Teil affirmativ ist. Das Partikulare ist meistens zu gering gegen das Allgemeine: die Individuen werden geopfert und preisgegeben. Die Idee bezahlt den Tribut des Daseins und der Vergänglichkeit nicht aus sich, sondern aus den Leidenschaften der Individuen." [10])

Bei allem, was man gegen Hegels Konstruktion der „List der Vernunft" einwenden kann und muß, so liegt in ihr doch die Einsicht in die geschichtsbildende Kraft des Menschen beschlossen. Mit Recht ist deshalb hervorgehoben worden: „Hegel preßt in diese idealistische Konstruktion die tiefe Ahnung, daß es einen Fortschritt in der Geschichte gibt, daß dieser Fortschritt in den früheren Epochen sich unabhängig vom Wollen und Wissen der Menschen durchgesetzt hat und daß das bewegende Prinzip dieser Entwicklung nicht außerhalb der wirklichen Geschichte liegt, sondern das Allgemeine in den historischen Ereignissen, Auseinandersetzungen und Kämpfen selbst ist." [11])

Hegel hat damit vor allem ein Motiv geschichtsphilosophischen Denkens zur Sprache gebracht bzw. deutlich gemacht, das der frühe Engels und im Anschluß an diesen Marx aufnehmen und in ihrer weiteren geistigen Entwicklung beibehalten werden. Dabei werden sie den bei Hegel noch vorhandenen Widerspruch auf ihre materiellen Voraussetzungen zurückführen und im Zusammenhang mit ihrer Grundthese von der Menschwerdung des Menschen durch die Arbeit seine Lösung formulieren. Von hier aus gesehen waren Hegels geschichtsphilosophische Gedanken tief, epochemachend und fortschrittsverheißend.

Dennoch ist eine Einschränkung zu machen: Hegels Geschichtsphilosophie läuft auf eine Trennung von Mensch und Geschichte hinaus. In letzter Instanz ist es bei Hegel (wie schon bei Kant und übrigens auch bei Fichte) die Geschichte selber, die „Naturabsicht", wie Kant sagte, die die Geschichte vollzieht (oder ihr zugrunde liegt) – nicht der Mensch. Der Mensch ist bei Hegel nur das Werkzeug der Geschichte, nicht der Werkmeister, nicht der eigentliche und alleinige Schöpfer des Geschichtsprozesses. Allein es war von der geschichtsphilosophischen Einfügung des Menschen in den als durchaus objektiv sich vollziehend aufgefaßten Geschichtsprozeß durch Kant, vor allem aber durch Hegel, theoretisch nur noch ein Schritt zu der Erkenntnis von Marx und Engels: die Menschen machen ihre Geschichte selbst.

Marx: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien

[7]) Immanuel Kant, Werke in sechs Bänden, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Bd. 6, Frankfurt am Main 1964, S. 34
[8]) Hegel, Sämtliche Werke, Bd. 11, S. 54 f.
[9]) ebenda, S. 48
[10]) ebenda, S. 63
[11]) Joachim Streisand, Geschichtliches Denken von der deutschen Frühaufklärung bis zur Klassik, Berlin 1964, S. 110
[12]) Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Berlin 1958 ff., Bd. 8, S. 115

Schriften zur Hochschulreform in der edition suhrkamp

354 Jürgen Habermas: Protestbewegung und Hochschulreform.
●● Aus dem Inhalt: Zwangsjacke für die Studienreform. Universität in der Demokratie — Demokratisierung der Universität. Kongreß »Hochschule und Demokratie« in Hannover 1967. Studentenprotest in der Bundesrepublik. Die Scheinrevolution und ihre Kinder. Für ein neues Konzept der Hochschulverfassung.

317 Ulrich K. Preuß: Das politische Mandat der Studentenschaft
Den Kampf gegen das »politische Mandat« der Studentenschaft haben bisher fast ausschließlich die Juristen geführt. In diesem Buch wird nachgewiesen, daß die meisten der von ihnen vorgetragenen Argumente auch einer genauen juristischen Analyse nicht standhalten, weil sie aus einer unreflektierten juristischen Begrifflichkeit abgeleitet sind.

301 Hermann Broch: Zur Universitätsreform
Hier werden zum erstenmal aus Hermann Brochs Nachlaß der »Gründungsaufruf für eine internationale Universität« und der »Vorschlag zur Gründung eines Forschungsinstitutes für Politische Psychologie und zum Studium von Massenwahnerscheinungen« vorgelegt.

280 Ulrich Sonnemann: Institutionalismus und studentische Opposition
Einübung in den Ungehorsam: dies vor allem ist das Programm, mit dem Ulrich Sonnemann den Deutschen kommt. Ein politisches Programm also, das an ehrwürdige Traditionen anknüpft: Liberalismus und Aufklärung. Rationalnüchternes Verhalten soll an die Stelle untertäniger Autoritätsbeflissenheit treten.

265 Stephan Leibfried: Die angepaßte Universität. Zur Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik und den USA
Demokratisierung der Hochschulen, Studienreform, Studentenrevolte — so lauten die Schlagworte für die Unruhe an den deutschen Universitäten, in der das Mißbehagen der Studenten und die Zweifel zahlreicher Professoren an der »autoritären Struktur« der »Wissensfabrik« zum Ausdruck kommen. Leibfried geht den Ursachen der Unzufriedenheit nach.

Einfachband 3 Mark ●● Doppelband 5 Mark

SUHRKAMP VERLAG
6 Frankfurt/Main — Postfach 3001 — Lindenstraße 29

Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen." [12])

Mit anderen Worten: Die historisch-gesellschaftlichen Gesetze wirken objektiv, das heißt: unabhängig vom menschlichen Willen und Bewußtsein. Trotzdem — oder gerade deswegen — sind es die Menschen, die den Geschichtsprozeß gestalten. Denn die bewußte menschliche Tätigkeit ist eine notwendige Bedingung der Fortentwicklung der Geschichte. Anders ausgedrückt: Die historisch-gesellschaftlichen Gesetze wirken zwar objektiv, aber sie „setzen sich nicht unabhängig vom Denken und Handeln des Menschen durch".[13])

In diesem Sinne stellen Marx und Engels, gegen die junghegelianische Interpretation der Hegelschen Philosophie der Geschichte gewendet, fest: „Die Geschichte tut nichts, sie ‚besitzt keinen ungeheuren Reichtum', sie ‚kämpft keine Kämpfe'! Es ist vielmehr der Mensch, der wirkliche, lebendige Mensch, der das alles tut, besitzt und kämpft; es ist nicht etwa die ‚Geschichte', die den Menschen zum Mittel braucht, um ihre — als ob sie eine aparte Person wäre — Zwecke durchzuarbeiten, sondern sie ist nichts als die Tätigkeit des seine Zwecke verfolgenden Menschen." [14])

Das heißt: es kommt für den Menschen darauf an, die Tendenzen und schließlich die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung zu erkennen. Der Mensch legt dadurch die Notwendigkeit des historischen Prozesses bloß, so daß er die gesellschaftliche Entwicklung seinen Zwecken unterwerfen und so zum Schöpfer der Geschichte werden kann.

Im Grunde genommen besteht im Hinblick auf die Geschichte dasselbe Verhältnis wie zwischen Mensch und Natur. Der Mensch kann die Natur — das wußten schon Bacon und Descartes — nur auf der Grundlage der Erkenntnis ihrer Gesetzmäßigkeiten beherrschen. Dabei ist die Notwendigkeit der Geschichte nicht irgendein Zwang, genausowenig, wie die Naturgesetze dem Menschen gegenüber Zwangscharakter haben, sondern ihr gesetzmäßiger Verlauf und Ablauf.

Während es jedoch „in der Natur", um mit Engels zu sprechen, „lauter bewußtlose blinde Agenzien [sind], die aufeinander einwirken und in deren Wechselspiel das allgemeine Gesetz zur Geltung kommt, sind „dagegen in der Geschichte der Gesellschaft ... die Handelnden lauter mit Bewußtsein begabte, mit Überlegung oder Leidenschaften handelnde, auf bestimmte Zwecke hinarbeitende Menschen; nichts geschieht ohne bewußte Absicht, ohne gewolltes Ziel".[15])

Dergestalt kommt es — strenggenommen — nur über und durch die bewußte Tätigkeit des Menschen zu historischen Gesetzmäßigkeiten. Eben deshalb ist die bewußte menschliche Tätigkeit nicht nur eine notwendige, sondern ebensosehr — und zum Unterschied vom Naturgeschehen — eine spezifische Wirkungsbedingung der Gesetzmäßigkeiten des Geschichtsprozesses.

Dennoch folgt daraus, daß die menschlichen Zwecksetzungen innerhalb des Geschichtsprozesses nicht mit Willkür verwechselt werden dürfen. Was die Menschen tun, wie sie den Geschichtsprozeß gestalten — genauer: gestalten können, das hängt ab von der Struktur jener Gesellschaft, in die sie hineinversetzt sind, „die vor ihnen da ist, die sie nicht schaffen, die das Produkt vorhergehender Generationen ist".[16]) Diese Einsicht in die objektive Dialektik des Geschichtsprozesses führt Marx und Engels zu einer Erkenntnis, die in ihrer Bedeutung nicht hoch genug veranschlagt werden kann, weil sie jenen Punkt markiert, wo theoretische Einsicht in praktisch-gesellschaftliche Realisierung umschlägt und der gleichzeitig die Auflösung des vorher bezeichneten Widerspruchs der Hegelschen Geschichtsphilosophie darstellt: zur Erkenntnis der welthistorischen Rolle des Proletariats und der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution — jener Voraussetzungen dafür, daß die Menschen die Geschichte auch wirklich selbst machen, nämlich bewußt, „mit Gesamtwillen nach einem Gesamtplan", wie Engels einmal formulierte.[17])

Kritiker des Marxismus haben im Hinblick auf diese Argumentation den Schluß gezogen, daß Marx und Engels sich in einen Widerspruch verstrickten. Auf der einen Seite betonten sie den objektiven und notwendigen Charakter der Gesetze des Geschichtsprozesses, auf der anderen Seite aber huldigten sie der freien revolutionären Tat, zumindest einer solchen des Proletariats. So wird dann etwa argumentiert, daß nach Marx, Engels und Lenin die kommunistische Gesellschaft mit dialektischer Notwendigkeit aus den Widersprüchen der bürgerlichen hervorgehe und sich insofern unabhängig von der menschlichen Erkenntnis durchsetzen werde.[18])

[13]) Joachim Streisand, Deutsche Geschichte in einem Band, Berlin 1968, S. 8
[14]) Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 2, S. 98
[15]) ebenda, Bd. 21, S. 296
[16]) Karl Marx an Annenkow, 28. Dezember 1846
[17]) Friedrich Engels an Starkenburg, 25. Januar 1894
[18]) Zuletzt: Ernst Topitsch, Sozialtheorie und Gesellschaftsgestaltung, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Bd. XLII/1 (1956), S. 188 ff.

An der Seite der Jugend
Für das Recht der Studenten

Deutsche Volkszeitung

Probeexemplar kostenlos durch:
(Postkarte genügt)

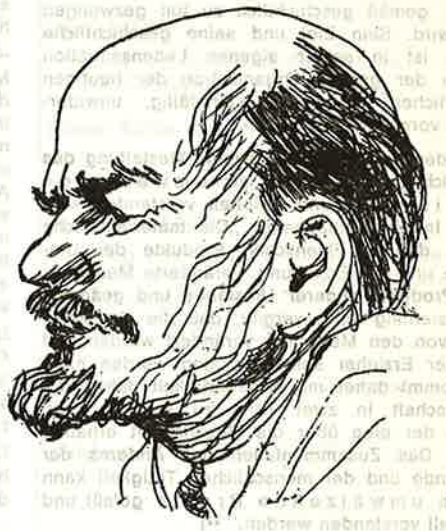
Monitor-Verlag GmbH
4000 Düsseldorf
Oststraße 154 · Postfach 5707

Ein Denkanstoß für Linke
Neuer Roter Katechismus

Die 'Mao-Bibel' des Westens,
herausgegeben von Frank Böckelmann.
256 Seiten, leinenkartoniert DM 5,–.

Rogner & Bernhard München

Klassiker des Marxismus/Leninismus
Literatur zum Grundlagenstudium
Wissenschaftliche Literatur zur Politik, Ökonomie, Geschichte, Philosophie
Rechts- und Staatswissenschaften
aus Verlagen der DDR liefert:



W. I. Lenin von Prof. Ernst Jazdzewski

BRÜCKEN-VERLAG GMBH
Buch-Import-Export 4 Düsseldorf Ackerstraße 3 Postfach 1928

Eine solche Argumentation wird seit siebzig Jahren, seit Rudolf Stammlers „Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung“ [19] immer wieder gegen den historischen Materialismus vorgetragen. Plechanow, an den hier mit Absicht erinnert wird, nannte sie seinerzeit schon „höchst absurd“ und unterstrich im Anschluß an Marx und Engels, daß in der Geschichte die bewußte menschliche Tätigkeit „ein notwendiges Glied in der Kette jener notwendigen Bedingungen ist, deren Gesamtheit den Geschichtsprozeß ausmacht.[20]

In der Tat: Marx und Engels waren weder Apostel der historischen Notwendigkeit noch anarchistische Schwärmer. Sie faßten die bewußte Gestaltung des Geschichtsprozesses durch den Menchsen, insbesondere durch die Arbeiterklasse nach der sozialistischen Revolution, als Teil, als immanenten Bestandteil der historischen Notwendigkeit. Nicht umsonst wiesen sie energisch darauf hin: „Wenn die sozialistischen Schriftsteller dem Proletariat [die] weltgeschichtliche Rolle zuschreiben, so geschieht dies keineswegs . . ., weil sie die Proletarier für Götter halten. Vielmehr umgekehrt.“ Denn: „Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird. Sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist in seiner eigenen Lebenssituation wie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig, unwiderruflich vorgezeichnet.“ [21]

Eben deshalb kann die bewußte Gestaltung des Geschichtsprozesses nur „als umwälzende Praxis gefaßt und rationell verstanden werden“. Im Zusammenhang: „Die materialistische Lehre, daß die Menschen Produkte der Umstände und der Erziehung, veränderte Menschen also Produkte anderer Umstände und geänderter Erziehung sind, vergißt, daß die Umstände eben von den Menschen verändert werden und daß der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie kommt daher mit Notwendigkeit dahin, die Gesellschaft in zwei Teile zu sondern, von denen der eine über die Gesellschaft erhaben ist . . . Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als umwälzende Praxis gefaßt und rationell verstanden werden.“ [22]

In diesen Sätzen ist die Dialektik von Notwendigkeit und bewußter Gestaltung des Geschichtsprozesses ausgesprochen. Die Kategorie der historischen Notwendigkeit, des historischen Gesetzes umfaßt nicht nur objektives Geschehen als solches, sondern ebensosehr Erkenntnis dieses Geschehens und darauf beruhende bewußte menschliche Tätigkeit innerhalb des Geschichtsprozesses (wobei der Begriff „Tätigkeit“ vom moralischen Verhalten bis zur wissenschaftlichen Erkenntnis und ihren technologischen oder politischen Umsetzungen reicht).[23]

Im Grunde genommen ziehen Marx und der Marxismus das Fazit aus dem geschichtsphilosophischen Denken der bürgerlichen Neuzeit, dessen Grundthese: Erkenntnis des Geschichtsprozesses kann nur deshalb stattfinden, weil dieser vom Menschen „gemacht“ ist, wohl von Vico [24] am eindringlichsten formuliert worden ist.[25] Und dennoch ist der historische Materialismus mehr als der Vollzug der geschichtsphilosophischen Tradition des progressiven Bürgertums.

Denn die Feststellung: die Geschichte kann erkannt werden, weil sie vom Menschen „gemacht“ ist, erfährt durch den Marxismus — und das ist entscheidend — im Hinblick auf die sozialistische Gesellschaft ihre Umkehrung: die Geschichte wird vom Menschen bewußt gestaltet, weil er ihre Gesetzmäßigkeiten erkannt hat, besser: indem der Mensch die Geschichte „macht“, erkennt er diese und umgekehrt.

Marx und Engels stimmen mit Kant und Hegel darin überein, daß sich die historischen Gesetze in den vorsozialistischen Gesellschaftsformationen gleichsam hinter dem Rücken der Menschen, und zwar ungeachtet oder trotz ihrer Aktivität innerhalb der Gesellschaft, durchsetzen. Für Marx und Engels beginnt jedoch mit dem Sozialismus jene Epoche der Menschheitsentwicklung, in der die vom Menschen erkannten historischen Gesetze zu Prinzipien seines gesellschaftlichen Handelns werden.

Die noch bei Hegel unbewußten Zwecke der Geschichte werden im Sozialismus zu durch den Menschen bewußt gewollten Zielen seiner Daseinsgestaltung, gleichsam zum „Kalkül“ seiner Handlungen innerhalb der Gesellschaft.

Damit ist das verbunden, was die Überlegenheit des historischen Materialismus gegenüber der Hegelschen Philosophie der Geschichte ausmacht: Für Hegel konnte es zur Erkenntnis der Geschichte immer nur dann kommen, wenn diese sich schon vollzogen, ja erfüllt hatte. Dahingegen kann nach Marx von Geschichte im eigentlichen Sinne erst dann gesprochen werden, wenn die Gestaltung der Gegenwart und der Zukunft durch den Menschen den Geschichtsprozeß beinhaltet. „Gegenwart“ und „Zukunft“ sind für den historischen Materialismus ebenso legitime Kategorien wie etwa „Tatsache“, „Vergangenheit“, „Tradition“ oder „Prozeß“. Erkenntnis der Geschichte beginnt für den Marxismus mit der Erkenntnis der Gegenwart. Denn nur so kann sie Bloßlegung der historischen Notwendigkeit und Selbsterkenntnis der vom Menschen gemachten Geschichte in einem sein. Anders formuliert: Die bewußte Gestaltung der Geschichte setzt voraus, daß das individuelle Tun der Menschen als gesellschaftliches Handeln begriffen und als solches auch gewußt und daher vollzogen werden kann. Solches ist erst in der sozialistischen Gesellschaft der Fall. Im Sozialismus stimmen individuelles Tun und gesellschaftliche Folgen dieses Handelns im Prinzip überein, weil durch die Aufhebung der Klassenspaltung die Bedingungen dafür geschaffen worden sind und weiterhin geschaffen werden, daß die gesellschaftlichen Wirkungen des Handelns der Menschen zu ideellen Ursachen ihres Verhaltens innerhalb der Gesellschaft werden, die ihre Gesellschaft ist und als solche gewollt wird.[26] Dabei verändert in diesem Prozeß der Mensch nicht nur die gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern auch sich selber. Und in diesem Prozeß wächst die Rolle des Menschen als Individuum in dem Maße, wie er an der Gestaltung seiner Gesellschaft aktiv teilhat.

Diesem Artikel liegt ein Diskussionsbeitrag zugrunde, den Prof. Manfred Buhr auf dem VII. Internationalen Hegel-Kongreß im April 1969 in Paris gehalten hat. Prof. Buhr, neben Georg Klaus prominentester Philosoph der DDR, ist Mitherausgeber des ersten auf marxistischer Grundlage verfaßten „Philosophischen Wörterbuches“, das in nahezu 1000 Stichwörtern eine Darstellung der Kategorien des dialektischen und historischen Materialismus und der mit ihrer Hilfe formulierten Gesetze gibt.

[19] Rudolf Stammler, Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung, Berlin 1896
[20] G. W. Plechanow, Ausgewählte philosophische Werke in 5 Bänden, Moskau 1957, Bd. 3, S. 54 (russ.)
[21] Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 2, S. 38
[22] ebenda, Bd. 3, S. 533 f.
[23] Wolfgang Peter Eichhorn, Artikel „Tätigkeit“, In: Philosophisches Wörterbuch, hrsg. von Georg Klaus und Manfred Buhr, Leipzig 1969
[24] Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 23, S. 393
[25] Vgl. hierzu zuletzt: Karl Löwith, G. B. Vico und die Folgen, in: Philosophische Rundschau, Jg. 1968, S. 1098 ff.
[26] Manfred Buhr/Gerd Irrlitz, Die Freiheit des Menschen und ihre sozialistische Verwirklichung, In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Jg. 1969

Aus meinem Sonderangebot

CLUB VOLTAIRE I
Jahrbuch für kritische Aufklärung
mit Beiträgen von Max Bense, Fritz Bauer, Alexander Mitscherlich, Martin Walser, Ludwig Marcuse u.v.a.
420 Seiten, Leinen, statt 22,50 nur 12,50

CLUB VOLTAIRE II
398 Seiten, Leinen, statt 22,50 nur 12,50

CLUB VOLTAIRE III
393 Seiten, Leinen, statt 22,50 nur 12,50

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in 15 Kapiteln.
Lieferbar sind Kapitel I bis XII (Von den Anfängen bis 1949).
Jeder Band bis 360 S., br., von 1,– bis 2,20

Angelica BALABANOFF:
Lenin. Psychologische Beobachtungen und Betrachtungen.
184, Seiten, Leinen, statt 9,80 nur 3,40

W. I. LENIN
Über die friedliche Koexistenz.
180 S., kart. 1,80

Neuer Roter Katechismus.
Hrsg. v. Karl Freydorf.
266 Seiten, kart. 5,–

Frans MASEREEL:
Krieg und Gewalt. 96 Holzschnitte und Zeichnungen vom Künstler ausgewählt und eingeleitet.
Format 18 x 26 cm, Leinen 19,–

Weitere Sonderangebote in meinen Bücherlisten

„Bücher aus Ost und West“

HUBERT FREISTUHLER
Versandbuchhandlung - Antiquariat
5840 SCHWERTE 1 - Postfach 124/2

Ideologische Fundamente westdeutscher Hochschulreformen

von Gerhard Bessau

Mancher Protest und manche Demonstration gegen den Mangel an Reformen begründe sich zu Recht, weil offenbar „taube Ohren und schläfrige Hände" nur so beeinflußt werden können, äußerte unlängst der CDU-Politiker Barzel.

Inzwischen ist das erste Hochschulgesetz neueren Datums verabschiedet worden: der sozialdemokratisch geführte Hamburger Senat bezeichnete es als das „fortschrittlichste Hochschulgesetz Europas". Unter heftiger Kritik lief nun auch das legislative Verfahren für das nordrhein-westfälische Hochschulgesetz an, das am 11. März 1969 von der SPD/FDP-Regierung im Landtag eingebracht wurde. In Hessen, Baden-Württemberg und Bayern liegen ebenfalls Gesetzentwürfe zur Regelung des Hochschulwesens entweder schon vor oder befinden sich im Stadium der Paragraphierung. Für alle diese Projekte wird von den jeweiligen Bürokratien der Anspruch geltend gemacht, es handele sich um notwendige Reformen, denen das Signum „fortschrittlich" nicht versagt werden dürfe.

Als wichtige Diskussionsgrundlagen dieser Gesetzeswerke können die „Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und Verwaltungsorganisation der Universitäten" vom Dezember 1968, die „Empfehlungen der westdeutschen Rektorenkonferenz zur Neuordnung der Universitätsorganisation" ebenfalls vom Dezember 1968 sowie der Beschluß der Ständigen Konferenz der Kultusminister in der Bundesrepublik über die „Grundsätze für ein modernes Hochschulrecht und für die strukturelle Neuordnung des Hochschulwesens" vom April 1968 angesehen werden.

Doch ebenso wird vorgegeben, aus der Protestbewegung „Anregungen" aufgenommen zu haben. So heißt es zum Beispiel in der Begründung der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zu ihrem Hochschulgesetzentwurf: „Der vorliegende Entwurf ... berücksichtigt ferner die vielfältigen Anregungen und Vorschläge, die auch von Seiten der Hochschullehrer, der Wissenschaftlichen Assistenten und der Studenten insbesondere zur Frage einer funktionsgerechten Mitwirkung aller Hochschulangehörigen in den verschiedenen Organen der Hochschule vorgelegt worden sind." So also funktioniert Demokratie, ist man versucht zu urteilen. Was aber verbirgt sich hinter dem beziehungsreichen Begriff der „funktionsgerechten Mitwirkung"? Für die Betroffenen ein kärgliches Resultat ihres einstmals vehementen Einsatzes: denn sie bleiben konstant in der Minderheit, wo die gravierenden Entscheidungen darüber fallen, was sie an Wissenschaft aufarbeiten sollen und wie sie es zu tun haben. Das quantitativ höchste Zugeständnis im Hinblick auf „die vielfältigen Anregungen und Vorschläge" ist die Drittelparität in den Gremien, die zweitrangige Entscheidungen zu fällen haben; eine Farce, mehr nicht. Wer mehr erwartet, war naiv; denn hier befanden sich die rebellierenden Studierenden von vornherein in einer ohnmächtigen Position. Weder die jede aktive Mitbestimmung heftig attackierenden neoliberalen Kritiker der „fortschrittlichen Reformwerke", noch die einer Mitbestimmung verschworenen Gewerkschaften verliehen den Studierenden und Assistenten jenen gesellschaftspolitischen Rückhalt, der allein ihre prinzipiellen Forderungen nach Drittelparität in allen Gremien wenigstens in die Nähe des Realisierbaren gerückt hätte. Für die Gewerkschaften bedeutet dies zweifellos ein schwerwiegendes politisches Manko, verbunden mit einem kaum zu eliminierenden Prestigeverlust in der Studentenschaft. Diese wird deshalb nicht leicht davon zu überzeugen sein, die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsansprüche gegenüber den Hochschulverwaltungen zu vertreten. Einen Komplex anderer Art bildet jedoch das kritische Element der Neoliberalen, da ihnen, anders als im Falle der Gewerkschaften, eine beachtliche studentische Gefolgschaft – trotz eindeutiger Negation effektiver Mitbestimmungsregelungen – nicht versagt bleibt. Noch überraschender: der von neoliberalen Standpunkten vorgebrachten massiven Kritik gegen die Hochschulgesetze sind viele von jenen bereit zu applaudieren, die einstmals die „Antiautoritären" gegen jeden neoliberalen Einwand verteidigten.

unsere zeit
uz
sozialistische volkszeitung

Dr. Wenzel-Verlag GmbH
41 Duisburg-Beeck
Pothmannstraße 12
Telefon (0 21 31) 44 40 12

Tu' was für Dich - lies „Unsere Zeit"

die Zeitung unserer Zeit
die Sozialistische Volkszeitung

16 Seiten	16 Seiten	16 Seiten
Zeitung	*Illustrierte*	*TV-Magazin*

3 Zeitungen für 70 Pf

Jede Woche am Kiosk

unsere zeit
uz
sozialistische volkszeitung

Soll die Linke an den Hochschulen ein bestimmender Faktor werden, soll sie gar im Zuge der Auseinandersetzungen um die Gesetzesvorlagen eine auf die Dauer angelegte Majorität bilden, ist es für sie erforderlich, Klarheit über die „Ideologie des Fortschritts" sowie über ihr wesensmäßiges Pendant, die neoliberale Kritik zu erhalten: nur auf diesem Wege kann sie zu einer Alternative gelangen, welche den Fortschritt real als in ihrem unmittelbaren materiellen Interesse liegend begreift. Natürlich wäre ein solches Verständnis von Fortschritt zu eng, sobald exakte sozialistische Maßstäbe angelegt werden. Erst die Vermittlung mit der über das kapitalistische System hinausweisenden Zukunft der Gesamtgesellschaft erfüllt den Begriff des Fortschritts mit revolutionärem Inhalt. Jedoch müßte etwas schon vorhanden sein, um solcherart vermittelt werden zu können, nämlich das Bewußtsein von der Möglichkeit qualitativer Veränderungen, ferner der davon inspirierte Impetus, sie durchzusetzen.

Für eine dialektische Analyse der bürgerlichen Fortschrittsideologie und der neoliberalen Kritik der Versuche, jene in Praxis umschlagen zu lassen, soll ausgegangen werden von dem Hamburger Hochschulgesetz, dem nordrhein-westfälischen Gesetzentwurf, den Empfehlungen des Wissenschaftsrats vom Dezember 1968, den Grundsätzen der Kultusministerkonferenz vom April 1968 und dem Gesamthochschulplan für Baden-Württemberg. Neoliberaler Widerspruch gegen die hierdurch zutage tretenden Tendenzen wird aus dem professoralen Bereich vorgetragen, wofür Äußerungen des Kölner Universitätsrektors, Professor Hübner, und Professor Biedenkopfs exemplarisch sind.

Es ist das signifikante Merkmal jeder Form von Ideologie, je nach ihrer besonderen Aussage, entsprechend den praktischen Bedürfnissen ihrer sozialen Träger, einzelne Tatbestände aus dem Gesamtzusammenhang, den die gesellschaftliche Wirklichkeit darstellt, herauszulösen, um ihre Modifikation zu fordern. Entscheidend dabei ist, daß das „gesellschaftliche Ensemble", welches diese Faktoren umgreift, unverändert bleiben soll. Diese Diskrepanz wird gewöhnlich mittels der wertmäßig abgeleiteten Forderung nach „Realpolitik" verschleiert. Sie verschafft den Eindruck, es seien Reformen möglich, ohne das System strukturell umzugestalten. Bekanntlich wird die als zeitgemäß und ideologiefrei empfundene „Realpolitik" vornehmlich von der Sozialdemokratie propagiert, ein Teil der Freien Demokraten haben sich ihr inzwischen auch verschrieben. Infolgedessen ist es kein Zufall, sondern zwangsläufiges Ergebnis der Struktur ihres gesellschaftspolitischen Denkens, daß SPD- und FDP-Politiker sowie ihre Anhänger die beharrlichsten Verfechter von „Hochschulreformen" sind. Was ist indes deren Inhalt? Was wird als isolierte Forderung erhoben?

Auf den ersten Blick scheinen sie mit denen der studentischen Avantgarde identisch zu sein. So dekretiert das Hamburger Hochschulgesetz etwa die Abschaffung des Ordinarius, der Habilitation, der Fakultäten, damit der Dekane, schließlich des Rektors. Das bedeutet das Ende der tradierten Universitätsgestalt humboldt'scher Prägung, das der personifizierten Autoritäten. An ihre Stelle treten funktional zu begreifende Gremien und Einrichtungen: Fachbereiche statt der Fakultäten, das Konzil, besetzt mit 40 Professoren, je 20 Dozenten und Assistenten, 40 Studenten und zehn Vertretern des Verwaltungspersonals als satzungsgebende Körperschaft, der die Universität leitende und langjährig amtierende Präsident statt des professoralen, meist für ein Jahr gewählten Rektors. Geblieben ist allerdings der Senat, der in allen primären Angelegenhieten von Forschung, Lehre und interner Organisation entscheidet. Daher sind auch von seinen 23 Mitgliedern nur je vier Assistenten und Studenten. Eine ähnliche Aufschlüsselung besteht für die Fachbereichsräte; hier kommen auf zwei Professoren je ein Dozent, Assistent und Student.

Da der Präsident durch den Staat bestellt wird, ist die Autonomie der Hochschule jetzt auch juristisch aufgehoben, praktisch war sie es ohnehin schon längst.

Das Ziel dieser organisatorischen Umformung wird in einer „auf die Bildungseffizienz ausgerichteten Zusammenarbeit" von Hochschule und Staat erblickt. Gesteigerte Wirksamkeit der Bildung vollzieht sich jedoch nicht durch rigorose Erhöhung des Hochschuletats, um den Lehrkörper, die Bibliotheken und Räumlichkeiten zu erweitern, sondern durch verstärkte Planungsmacht des Staates auf dem Gebiet der Mittelverteilung und -verwaltung, künftig sicher ebenso auf dem der Lehre; die staatlich verordnete „Studienreform" ist unverkennbar der nächste Schritt innerhalb dieses Prozesses, es sei denn, die Hochschule greift aufgrund des staatlichen Drucks diese Frage von selbst auf und regelt sie im Sinne zeitlich absolut fixierter sowie materiell gestraffter Ausbildung.

Einen Hinweis auf die Substanz dieser Reform bieten die „Grundsätze" der Kultusminister vom April 1968. Ausgehend vom „Studienjahr" statt der traditionellen Semester – inzwischen in Hamburg bereits verwirklicht, in Nordrhein-Westfalen vorgesehen – ist an eine verringerte Studienzeit in Verbindung mit einer Beschränkung des Stoffs und intensiver Didaktik – Repititorien, Praktika, Arbeitsgemeinschaften – gedacht.

Am radikalsten ist dieser Komplex im „Gesamthochschulplan" für Baden-Württemberg angegangen worden in Form von differenzierten Studiengängen: „Mit der Schaffung von zwei verschiedenen Typen des Kurzstudiums stellt sich die Doppelfrage, inwiefern die beiden sich unterscheiden und ob die durch sie erworbenen Abschlüsse hinlänglich ähnlich sind, um eine gemeinsame Bezeichnung (erster Abschluß, Bakkalaureus) zu rechtfertigen. Beide Fragen lassen sich unter Hinweis auf denselben Sachverhalt beantworten. Es handelt sich hier um einen Unterschied der Ausbildungsrichtungen für Menschen unterschiedlich gearteter Begabung." Daneben soll das heute noch praktizierte Studium, im Plan „Langstudium" genannt, zwar bestehen bleiben, aber verkürzt werden auf maximal fünf Jahre; für besonders Begabte ist daran schließlich ein auf die Forschung abgestelltes „Aufbaustudium" anzuknüpfen. Ein bis zur scharfen Begabtenauslese und zum numerus clausus reichender Lenkungsmechanismus soll dafür sorgen, „daß das Angebot an Studienplätzen mit der Nachfrage nach ihnen in Einklang gebracht wird". Allgemein zielen die Autoren des Plans auf eine „Verbindung von Wissenschaft und Gesellschaft auf breiterer Basis" ab, konkret wird zum Beispiel unter dem Aspekt des Kurzstudiums verstanden, dem immer größer werdenden Bedarf an „mittleren Führungskräften" in Wirtschaft und Staat nachzukommen. Daß die Monopole bei dieser Art von Planung eine zentrale Rolle spielen, erhellt die Zusammensetzung des „Arbeitsausschusses", der für die Skizzierung dieses „Warenhauses der Ausbildung", wie „Die Zeit" jenes Projekt einer „Gesamthochschule" charakterisierte (4. August 1967), verantwortlich war. Beamte des Kultusministeriums kooperierten mit amtierenden Hochschulprofessoren sowie einem Vertreter des Großkonzerns BASF.

Bis auf die Beibehaltung der Habilitation – sie soll aber keineswegs mehr automatisch mit der Lehrbefugnis verbunden sein, da „es zu einer personellen Überbesetzung der Hochschule kommen" könnte, wie es in der Begründung zum Entwurf heißt – sieht das künftige Hochschulgesetz in Nordrhein-Westfalen prinzipiell die gleiche Organisationsform für die Hochschulen des Landes vor, wie sie in Hamburg eingeführt wurde. Es erübrigt sich deswegen, auf Detailbestimmungen einzugehen, weil in der Begründung durch die Landesregierung – ähnlich wie in Hamburg – zu relevanten Punkten auf die „Empfehlungen des Wissenschaftsrates" vom Dezember 1968 Bezug genommen wird. Dieses Dokument stellt ohne Zweifel die prägnanteste Konzeption einer Neuordnung der Universitätsstruktur im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik dar. Ihren Rang verdeutlicht allein schon die Übernahme der Terminologie in den Hamburger und nordrhein-westfälischen Gesetzeswerken: „Fachbereiche", „Konvent", „Kuratorium", „Präsident" sind die wesentlichsten Termini im Kapitel über den strukturellen Umbau der Universitäten. Mit den Begriffen wurde ebenso ihren Intentionen Raum gegeben.

Ohne langwierige analytische Umwege wird vom Wissenschaftsrat die erforderliche Neuordnung wie folgt begründet: „Wissenschaft und Praxis stehen heute nicht mehr unverbunden nebeneinander; vielfach ist es die Forschung, die der Praxis ihre Wirklichkeit erst erschließt. So gibt es kaum mehr einen Bereich, der nicht auf Wissenschaft und Forschung auch als Voraussetzung der Praxis angewiesen wäre. Das zwingt dazu, an der Verbindung von Forschung und Lehre im Grundsatz festzuhalten, denn nur auf diesem Wege kann eine den höchsten und zugleich unerläßlichen Anforderungen genügende Ausbildung vermittelt werden." Darüber hinaus wird in die Voraussetzungen einer universitären Neugestaltung der abstrakte Gesellschaftsbegriff des bürgerlichen Denkens einbezogen: „Die durch das Anwachsen der Aufgaben, besonders in der Forschung, nicht mehr aufrecht zu erhaltende Trennung von akademischer und wirtschaftlicher Verwaltung zwingt nunmehr ebenso wie die Forderungen, die in zunehmendem Maße von der Gesellschaft an die Universität gestellt werden, dazu die Beziehungen zwischen Universität und Staat zu überdenken . . . Zur Gestaltung der wechselseitigen Beziehungen bietet sich die Einrichtung eines Gremiums an, in dem Universität, Staatsverwaltung und Öffentlichkeit zusammenarbeiten."

Da somit von dem gesellschaftlichen Antagonismus „Kapital" versus „Arbeit" abstrahiert wird, enthält der unvermittelte Rückgriff auf „die" Praxis notwendig das vom „Kapital" erwünschte Resultat, und zwar in dreifacher Hinsicht: rasche Verwertbarkeit „praxisnaher" Forschungsergebnisse im produktiven Sektor – „technischer Fortschritt" gleich steigende Produktivität oder gleich steigende Investitionen –, rasche Verwertbarkeit „praxisnah" ausgebildeter Spezialisten als Ergebnis einer von überkommenen bürgerlich-humanistischen Bildungsgütern gereinigten Lehre und letztlich eine „Sozialisierung" von Kosten durch „praxisnahe" Verwertung qualifizierterer Absolventen im staatlichen Sektor, da dieser für die wachsende Infrastruktur aufzukommen hat, nicht zuletzt deshalb, weil im Zuge der Politik des „deficit spending" stets das „Kapital" überproportional profitiert. Es ist unbestreitbar, daß

„Praxis" im Verständnis des Wissenschaftsrates die unter gegebenen Eigentumsverhältnissen betriebene Produktion im umfassenden Sinne bedeutet. In gleicher Weise wie die Produktion monopolisiert wurde, haben auch Forschung und Lehre zur Konzentration überzugehen. Dies resultiert aus den Erfordernissen wirksamer Kooperation der beiden Sektoren Wissenschaft und Produktion. In der stilisierten Sprache des Wissenschaftsrates findet dieses Problem wie folgt seinen Niederschlag: „Die Arbeitsfähigkeit der Universitäten ... sicherzustellen, ist eine zentrale und angesichts der sich wandelnden Bedingungen auch eine permanente Aufgabe. Die bisherige Entwicklung hat dazu geführt, daß die Handlungsfähigkeit der Universitäten ... zunehmend verfallen ist und an ihre Stelle partikulare Interessen und Interessenvertreter getreten sind. Dieser Zustand liefert die Universitäten ... sachfremden Interessen und Gruppen aus und macht die Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben unmöglich."

Damit wird nichts anderes als eine Angleichung an die Effizienz monopolistischer Produktion wie Organisation anvisiert. Der quasi kapitalistische Betrieb, den die Hochschulen seit je bildeten, soll auf strikte Rentabilität eingestellt werden: Einsatz und Ausstoß müssen in einem nach Kostengesichtspunkten betriebswirtschaftlich akzeptablem Verhältnis zueinander stehen. In Verbindung mit der Anpassung an die monopolistisch organisierte Produktion ergibt sich für den Hochschulbereich überhaupt: „Hinzu kommt, daß die Forschung in nahezu allen Bereichen in ein Stadium drängt, in dem weitere Differenzierungen und Konzentrationen erforderlich werden. Personalaufwand und Kosten, die in diesem fortgeschrittenen Stadium notwendig werden, haben einen solchen Umfang, daß das Bestreben, derartige Forschung an allen Universitäten zu betreiben, die verfügbaren Möglichkeiten gegenwärtig und künftig übersteigt. Es bedarf der Konzentration von Menschen und Mitteln."

Am Ende bleibt nur noch die Aufforderung, das Gesamtkonzept zu realisieren: „Konnte früher die Zurückgezogenheit der Universitäten als mehr oder weniger selbstverständlich gelten, so tritt heute die Forderung, die spezifisch wissenschaftliche Fragestellung auch auf die Universitäten selbst anzuwenden, offenkundig zutage. Aus der engen Beziehung zur Praxis ergeben sich dabei die politischen Akzente, die, der Sache nach kein Novum, die Bedeutung dieser Aufgabe der Universitäten jedoch eindringlich unterstreichen."

Wie dargelegt wurde, ist diese Zielsetzung inzwischen weitgehend verwirklicht worden.

Der dadurch eingeleitete Verschmelzungsprozeß von monopolistischer Produktion, Staat und Wissenschaft wird — worauf hingewiesen wurde — als „Fortschritt" gewertet. Dieses Denken ist prototypisch dafür, was Herbert Marcuse „eindimensional" nennt. „Fortschritt" wird so zur inhumanen, den Profitmechanismus unterworfenen materiellen Mechanik reduziert. Die unmittelbar Produzierenden: Arbeiter, Studenten und Assistenten werden ungefragt dieser Mechanik unterworfen. Bewußtseinsverkümmerung und Entfremdung erreichen pathologische Ausmaße. Zudem bewirkt die ungebrochene Dialektik dieser verdinglichten Ideologie die Verdichtung der absolut gesellschaftsfeindlichen Verhältnisse, eine noch gnadenlosere Unterdrückung der nicht an der Verwertung der Produkte — der der Industrie wie der Forschung — Partizipierenden, steigert ihre relative Verelendung, ihre Fremdbestimmtheit. Psychologisch begreifbare Spontanreaktionen durchkreuzen die rationale Handhabung eines Gegenkonzepts. Es beruht auf der Einsicht in den geschilderten negativen dialektischen Zusammenhang, den ausschließlich eine sozialistische Dialektik umzuwälzen vermag. Ihre Schritte sind Neuformulierung des Wissenschaftsbegriffs als gesellschaftsorientiertes gegen die kapitalistische Praxis ausgerichtetes Instrument, i. e. Durchbrechung des monopolistischen Verwertungsmechanismus vermittels einer der Arbeiterklasse dienenden Forschung und Lehre, Mitbestimmung als Mitentscheidung über den Wissenschaftsprozeß seitens der unmittelbar Produzierenden, d. h. Aufhebung der Professorenoligarchie nicht durch Drittelparität, sondern durch jene uneingeschränkte Anwendung.

Es ist töricht, selbst den mechanistischen Fortschritt als Fortschritt per se zu leugnen und die Anpassung der Hochschule an die entwickelten Produktivkräfte unterbinden zu wollen. Warum? Das Verlangen der Neoliberalen, die Koppelung der Wissenschaft an den Staat sowie die interne Konzentration von Forschung und Lehre im Rahmen der Universität zu blockieren, produziert unüberbrückbare Widersprüche zwischen Gesellschaft — auch der monopolabhängigen! — und Wissenschaft. Diesem Versuch ist ein Wissenschaftsbegriff eigentümlich, der formal im 19. Jahrhundert entwickelt wurde, inhaltlich jedoch dem Mittelalter verhaftet ist. Die irrationale Anlage dieses Denkens ist evident, da die Idee des sozialen Gleichgewichts als statische der Geschichte widerspricht. Ihr hingegen sind rationale dialektische Gesetze immanent, das Gegenteil also von Gleichgewicht und Statik. Daraus folgt zwingend, daß die gesellschaftlichen Widersprüche an ihrer Entfaltung gewaltsam gehindert werden müssen, soll „Gleichgewicht", „soziale Harmonie" — mithin praktizierte Ideologie — walten.

Die neoliberale Kritik an den staatsmonopolistischen Hochschulgesetzen ist immerhin effektvoll genug, heftigen Widerstand zu provozieren, weil sie konkret auf eine Kritik der Staatsallmacht abzielt. Durch ihre Substanz ist sie andererseits dem System so fest verbunden, daß sie es gegen die ausschlaggebende auf Veränderung ausgehende Kritik abschirmt, nämlich gegen die Strategie des Mitentscheidens der unmittelbar Produzierenden über Richtung und Inhalt der Produktion. Dies verrät unmißverständlich der Tenor der Presseerklärung des Kölner Universitätsrektors vom 23. April 1969, als er zum nordrhein-westfälischen Hochschulgesetz Stellung nahm: „Für die Mitwirkung in allen akademischen Gremien muß vom Prinzip der ‚funktionsgerechten Mitbestimmung' ausgegangen werden; niemand kann über Sachfragen mitbestimmen, für die er sich nicht qualifiziert hat." Im ideologischen Kontext dazu stehen die Ablehnung der Fachbereiche, das Festhalten an den Fakultäten, am Rektoratsprinzip, am Patriarchalismus. Die entsprechenden Passagen lauten: „Nach übereinstimmender Stellungnahme der Fakultäten sollte an der Fakultät als Institution festgehalten werden ... Die Universität Köln betrachtet die Rektoratsverfassung als die angemessene Organisationsform der Hochschule. An der Spitze der Universität muß ein ausgewiesener Wissenschaftler stehen ... Es ist sachfremd, die Assistenten dem Fachbereich zu unterstellen. Im Interesse ihrer wissenschaftlichen Entwicklung sollte die Verbindung mit einem Hochschullehrer, einem Institut oder Forschungsbereich aufrechterhalten bleiben."

Denn: Widerspruch gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen, den Eigentumsformen wird nicht angemeldet. Insofern läßt sich sagen, daß die konservativ-neoliberale Position am Horizont der spätbürgerlichen Ideologie die Funktion ausübt, das allgemeine Bewußtsein von der Erkenntnis möglichen Fortschritts zu reinigen. Sie bildet die Klammer zur latenten politischen Reaktion im Namen „der" Ordnung, einer, die der Emanzipation der Arbeiterklasse entgegensteht.

Währenddessen erfüllt die monopolistische Fortschrittsideologie die Rolle des Integrationsinstruments gemäß der primitiv-materialistischen Vorstellung des frühen 18. Jahrhunderts: „Der Mensch — eine Maschine."

KUNDENDIENST
seit 75 Jahren
E. KAHLE KG Elektrogroßhandlung
5 Köln 1 · Postfach 968 · Plankgasse 42 · Ruf-Sa. 23 36 23

Der Parteitag der DKP am 12. und 13. April in Essen

von Achim Krooß

Wenn man den Stellenwert des Parteitages der DKP richtig bestimmen will, muß man von der augenblicklichen Lage in der Bundesrepublik ausgehen. Der bisherige Sprecher des Bundesausschusses und jetzige Vorsitzende der Partei, Kurt Bachmann, hat in seinem Referat auf dem Parteitag „Für demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft" einen kurzen Überblick über die Verhältnisse in der Bundesrepublik aus marxistischer Sicht zu geben versucht. „Die Bundesrepublik ist heute ein Land ungelöster Probleme und tiefer Widersprüche". Die „Große Koalition" hatte vor zwei Jahren versprochen, die großen Probleme zu lösen. Was hat sie jedoch geschafft?

Obwohl wir inzwischen wieder einen konjunkturellen Höhepunkt erreicht haben, schreiben selbst verschiedene Unternehmerzeitungen schon, die nächste Krise komme bestimmt. Anstelle der großen gesellschaftspolitischen Reformen wurden die Notstandsgesetze verabschiedet. Die Mitbestimmung in Betrieben, Schulen und Universitäten wird blockiert. Man plant sogar die Einführung einer Vorbeugehaft, einer Neuauflage der Schutzhaft des nationalsozialistischen Deutschland.

In der Außenpolitik redet man von Friedensbereitschaft, während man gleichzeitig die Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag verweigert. Man hält mit allen Mitteln den Alleinvertretungsanspruch aufrecht. Man will die bestehenden Grenzen wie eh und je verändern und duldet die NPD als neofaschistische Organisation, die CDU/CSU ist sogar bei der illegalen Wahl des Bundespräsidenten in West-Berlin ein offenes Bündnis mit dieser Nachfolgeorganisation der NSDAP eingegangen. Diese Fakten zeigen, daß die herrschende Klasse den politischen Kurs unaufhörlich nach rechts treibt, während man gleichzeitig die linke Opposition fortwährend und in steigendem Maße diffamiert. Eine Folge dieses Komplexes an ungelösten Problemen ist das Aufbegehren der Jugend, ihr Streben nach den notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen.

Die Auswirkungen dieses Systems, des staatsmonopolistischen Kapitalismus', zeigt sich aber auch noch in anderen Bereichen. Es wird nämlich versucht, die vorhandene ökonomische Macht auch politisch auszunutzen. Durch die veränderten Kräfteverhältnisse in Europa und darüberhinaus in der ganzen Welt zugunsten des Sozialismus kommt der „ökonomische Riese" jedoch über den „politischen Zwerg" nicht hinaus; der weltweite Imperialismus sieht sich durch die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt, in Lateinamerika, in Asien, Afrika und besonders in Vietnam in seinen Entfaltungsmöglichkeiten immer mehr eingeschränkt.

Die Widersprüche dieses Systems werden durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung weiterhin verschärft. Die notwendigen Strukturwandlungen vollziehen sich in der Bundesrepublik ohne Rücksicht auf die arbeitende Bevölkerung unter dem Gesichtspunkt der Profitmaximierung. Man greift schon seit langem zu den früher so verpönten Planungsmaßnahmen, ohne damit jedoch die systemimmanenten Widersprüche aufheben zu können.

Die Folge dieses Systems ist vielmehr eine verschärfte Machtkonzentration in der Wirtschaft und ein sich immer autoritärer gebärdender Herrschaftsmechanismus. Durch die besonders scharfen Widersprüche zwischen wirtschaftlicher Macht einerseits und politischem Einflußbereich andererseits ist der westdeutsche Imperialismus von besonders hoher Aggressivität.

Worin äußert sich diese **Aggressivität?** Man versucht von seiten der Herrschenden mehr **und mehr, die gesamte Bevölkerung zu militarisieren.** Universitäten und Betriebe erhielten mehr als 800 Aufträge vom Wehrministerium. Man plant durch den „Bürger in Uniform" die Erfassung und Wehrbereitschaft des ganzen Volkes. Man versucht, eine eigene Atomindustrie aufzubauen, atomare Unabhängigkeit zu erlangen, um so die Vorherrschaft in Europa ausbauen zu können. Man verlangt eine „nukleare Komponente" in der Bundeswehr als „Inbegriff der nationalen Souveränität".

Dieses gefährliche Streben nach einer Vormachtstellung in Europa und das gleichzeitige

Unterdrücken aller demokratischen Bewegungen im Inneren verlangt eine demokratische Alternative zur Politik der herrschenden Klasse. Hier liegt die Ursache für die Gründung der DKP. Die DKP hat sich nicht aus Selbstzweck gegründet, sondern weil die objektiven Verhältnisse es unbedingt erforderten, ein Gegengewicht gegen die zunehmende Faschisierung von Gesellschaft und Staat zu setzen.

Die Deutsche Kommunistische Partei ist eine marxistische Partei. Sie „füllt ein Vakuum, das durch das Verbot der KPD im politischen Leben und in der Arbeiterbewegung entstanden war". Daher war es dringend nötig, eine legale kommunistische Partei zu gründen.

Der Parteitag der DKP hat gezeigt, daß sich diese Partei grundlegend von den etablierten unterscheidet. Das zeigt sich zunächst schon in der äußeren Zusammensetzung. So war der jüngste Delegierte beispielsweise 16 Jahre alt; das Durchschnittsalter der Parteitagsdelegierten betrug 37,6 Jahre. Weit über die Hälfte des Parteivorstandes sind 40 Jahre und jünger!

Der Unterschied zu anderen Parteien zeigte sich auch in der Diskussionsfreudigkeit der Genossen, die zum Entwurf der Grundsatzerklärung und zum Statutentwurf mehr als 1500 Abänderungs- und Verbesserungsanträge einreichten und damit zum überwiegenden Teil die Politik der Partei selbst bestimmen.

Die DKP wird auf dem Boden des Grundgesetzes gegen jede undemokratische Veränderung der Grundrechte kämpfen.

Sie ist die einzige Partei der Bundesrepublik, die ein sozialistisches Ziel hat. Sie erstrebt neben Vertretern der demokratischen Volkskräfte im Parlament ein außerparlamentarisches Aktionsbündnis aller demokratischen Kräfte zur Verhinderung der Entwicklung nach rechts und zum Kampf für die „demokratische Erneuerung" von Staat und Gesellschaft.

Alles dieses sind Gegebenheiten, die für die Gründung einer legalen kommunistischen Partei sprechen, und die Entwicklung der letzten Monate hat dieser Einschätzung recht gegeben. Die DKP hat seit ihrer Konstituierung im September 1968 bis zum Parteitag über 22 000 zum großen Teil jugendliche Mitglieder aufgenommen.

Soweit ist es also verständlich, warum eine legale kommunistische Partei notwendig ist. Wenn die DKP auf dem Boden des Grundgesetzes steht, ergibt sich die Frage, ob sie überhaupt eine revolutionäre Partei ist.

Für eine Partei, die nach ihrer eigenen Aussage eine marxistische sein will, d. h. die die Ideen von Marx, Engels und Lenin verwirklichen will, ist dies die zentrale Frage.

Das Attribut „revolutionär" beinhaltet, daß diese Partei in ihrem Programm die „Machtfrage" stellen muß. Es geht dabei darum, eine kleine herrschende Klasse zugunsten der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung zu entmachten und somit eine sozialistische Demokratie zu errichten, in der tatsächlich das Volk die Macht ausübt und über sich selbst bestimmen kann.

Um diese Frage zu beantworten, muß man Teile der auf dem Parteitag verabschiedeten Grundsatzerklärungen herausgreifen und dahingehend untersuchen.

Der 1. Vorsitzende der Partei, Genosse Kurt Bachmann, erklärte, die „Grundsatzerklärung der DKP (sei) das revolutionärste politische Programm, daß es unter den konkreten Bedingungen in der Bundesrepublik überhaupt geben" könne.

Es ist keineswegs revolutionär, irgendwelche revolutionären Thesen aufzustellen und sich zu blindem Aktionismus losgelöst von den Massen der Bevölkerung hinreißen zu lassen. Revolutionär sein, d. h. den Kampf gegen die Macht und den Einfluß der wenigen Multimillionäre in Politik und Wirtschaft zu führen und die Masse der Bevölkerung auf der Grundlage ihrer eigenen elementaren Interessen mit einzubeziehen. Eine revolutionäre Partei muß sich daher auf die Absichten und Pläne des Klassengegners einstellen und ihre Taktik nach dem Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse und darüberhinaus der arbeitenden Bevölkerung ausrichten.

Das wichtigste und somit revolutionärste Ziel ist augenblicklich die Erhaltung des Friedens. Im Kampf um dieses Ziel werden die Erfahrungen gemacht, die dann im Kampf um die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft und die sozialistische Umgestaltung angewandt werden können. Der revolutionäre Inhalt einer Handlung wird lediglich am Endziel gemessen und an der Effektivität der Aktion, dieses Ziel zu erreichen.

Das erklärte Ziel der DKP ist die „sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft". Mit dem Hinweis auf dieses Ziel zeigt sie gleichzeitig auf, daß die objektive gesellschaftliche Entwicklung zum Sozialismus drängt, der sich auf die Änderung der Machtstrukturen stützt, auf das „gesellschaftliche Eigentum an den wichtigen Produktionsmitteln". Die DKP erstrebt den Sozialismus natürlich ohne Gewalt und weist ebenfalls darauf hin, daß es stets die reaktionären Klassen waren, die „zur Rettung ihrer Macht und ihrer Vorrechte blutige Gewalt gegen das Volk anwandten".

Wie will die Deutsche Kommunistische Partei dieses Ziel erreichen? Der Parteitag brachte eine Reihe von Diskussionsbeiträgen, die sich fast

alle auf eine marxistische Analyse der Situation stützten und perspektivisch oder beispielhaft versuchten, aus diesen objektiven Gegebenheiten die Kampfformen für weitere Aktionen herzuleiten. Die weitaus meisten Beiträge befaßten sich daher mit den Problemen der Aktionseinheit und der Bündnispolitik.

Die Aufgabe der Arbeiter und ihrer marxistischen Partei besteht darin, das Bündnis mit allen demokratischen Kräften herzustellen. Das ist nicht nur eine taktische Frage, sondern ein elementarer Bestandteil sozialistischer Strategie. Dabei erhebt die DKP — laut Kurt Bachmann — durchaus keinen Führungsanspruch, sondern sie tritt dafür ein, daß Aktionen auf „der Grundlage der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung erarbeitet werden". Die Hauptkraft bleibt die Arbeiterklasse, der das Bewußtsein ihrer geschichtlichen Aufgabe zu vermitteln die große und schwierige Aufgabe einer marxistischen Partei ist.

In diesem Zusammenhang wiesen die Diskussionsredner auch immer wieder auf die Wichtigkeit Aktions- und Wahlbündnisses „Aktion Demokratischer Fortschritt" hin, das den ersten Schritt zum gemeinsamen Handeln aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte bei den diesjährigen Bundestagswahlen darstellt. Die Arbeiterklasse, so lautete der Tenor, müsse ihre Bündnispartner bei allen demokratischen Kräften suchen, bei Christen, Gewerkschaftern, dem fortschrittlichen Mittelstand usw. Eine besondere Stellung nimmt die Aktionseinheit mit den Bauern und Sozialdemokraten als den objektiv nächsten Verbündeten der Arbeiterklasse ein.

Welche Bedeutung dieser Aktionseinheit auch von seiten der Delegierten zugemessen wurde, zeigt sich darin, daß von den 1062 Genossen auf dem Parteitag 847 (!) Mitglied einer Gewerkschaft waren oder Funktionen in ihr ausübten. Sie betreiben somit aktiv die Politik der Bildung der Aktionseinheit, indem sie im täglichen Kampf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung in der Gewerkschaftsbewegung vertreten.

Viele Beiträge bezogen sich auf Beispiele der wachsenden Konzentration in der Industrie und der daraus resultierenden, ständig zunehmenden Macht der Großkonzerne. Hier wurde auch die enge Verbindung von Wirtschaft und Rüstungspolitik aufgedeckt. Die Profitsicherung zwingt die Monopole, Rüstungsgüter zu produzieren, die vom Staat gekauft werden und somit nicht den dauernden Schwankungen des kapitalistischen Marktes unterworfen sind.

Hieraus ergab sich dann die oft mit Nachdruck wiederholte Forderung nach Mitbestimmung, da sich die Konzentration in der kapitalistischen Wirtschaft ohne Rücksicht auf die Belange der Belegschaften der betroffenen Betriebe vollzieht. „Wir Kommunisten", so hieß es, „sind nicht gegen die Konzentration an sich, aber gegen die monopolkapiatlistischen Grundlagen dieser Konzentration", deren Folge ist, daß sich „die wirtschaftliche und damit zugleich die politische Macht in immer weniger Händen konzentriert".

Konsequenterweise setzt sich die DKP in der Frage der Mitbestimmung völlig für die Forderungen des Deutschen-Gewerkschafts-Bundes ein und proklamiert das einheitliche Handeln mit der gesamten Kraft der Gewerkschaften für Mitbestimmung in Staat und Gesellschaft.

Als weiteres zentrales Thema in der Debatte muß die Analyse der „Entwicklung nach rechts" genannt werden. Die Aussagen darüber stützten sich ebenfalls auf eine marxistische Analyse der Gesellschaft. Der Neofaschismus wurde nicht isoliert betrachtet, sondern seine Funktion in der Konzeption der Politik der herrschenden Klasse wurde deutlich gemacht: die NPD dient „als Auffangbecken für Unzufriedene, als Stoßtrupp für die Verbreitung nationalistischer Ideen" und dazu, die eigene nationalistische Politik der Regierung zu verschleiern. Die NPD ist jedoch nur eine Erscheinung der fortschreitenden Faschisierung unserer Gesellschaft. Wenn man diese Aufgabe und den Stellenwert des Neofaschismus' erkannt hat, ist es illusorisch, auf ein „Abwirtschaften" der NPD zu warten. Es ist vielmehr ein verstärkter Kampf für die Auflösung der NPD nötig. Dieser Kampf ist jedoch nur ein (wenn auch wichtiger) Punkt im Kampf gegen die Entwicklung nach rechts überhaupt, im Kampf z. B. gegen die Vorbeugehaft und den allgemeinen Abbau der demokratischen Rechte.

Des weiteren befaßten sich die Diskussionsbeiträge mit den besonderen Problemen der Stellung der Frauen im gesellschaftlichen System und im Arbeitsprozeß, mit Problemen der Jugend, der reaktionären Ausbildungsordnung, der „Oma Gewerbeordnung", die in diesem Jahr ihr 100jähriges Jubiläum feiert und nach der die Lehrlinge für das Jahr 2000 qualifiziert werden sollen. Das Verhältnis Arbeiterklasse—Studenten wurde beleuchtet, ihre (der Studenten) Stellung im Produktionsprozeß, nach dem sie nach ihrer Ausbildung dem gleichen Ausbeutungsmechanismus unterliegen, wie die Arbeiter in der Wirtschaft und ebenso ihre Arbeitskraft verkaufen müssen.

Diese gesamten Forderungen der DKP nach Demokratie und Frieden können nur erreicht werden durch Aktionen, in denen die verschiedensten Bevölkerungsgruppen ihren Willen und ihre Forderungen artikulieren. —

Ein hervorragendes Merkmal einer kommunistischen Partei ist die innerparteiliche Diskussion über politische Probleme und die daraus resultierende Meinungsbildung der Genossen. Die Wichtigkeit dieser klärenden Diskussionen wurde auch von Genossen Kurt Bachmann besonders betont. Und tatsächlich ließen sich alle Beiträge zum Parteitag, die auf unrichtigen oder ungenauen Einschätzungen beruhten, auf nicht genügende Diskussion oder mangelnde Information zurückführen.

So ist es zum Beispiel unrichtig zu fordern, wir Kommunisten sollten „eine gesunde Unruhe" organisieren. Der Ausdruck kann einerseits zu Mißverständnissen bei potentiellen Bündnispartnern der DKP führen, zum anderen entspricht diese negative Festlegung nicht den Forderungen einer kommunistischen Partei. Es soll beileibe nicht Unruhe um ihrer selbst willen, auch keine „gesunde Unruhe" erzeugt werden. Die DKP vertritt vielmehr die elementaren Interessen der arbeitenden Bevölkerung; die Unruhe wird erst durch den Widerstand der herrschenden Minderheit hervorgerufen, die ihre Herrschaft gefährdet sieht. Die DKP braucht also keine Unruhe zu erzeugen.

Die Forderung eines Genossen lautet dahingehend, die Diskussion aus dem Betrieb in die Wohnorte zu tragen, da es „bei der immer stärker werdenden Arbeitsintensität und Arbeitsteilung im Betrieb" „nicht mehr möglich" sei, „ein ausführliches Gespräch am Arbeitsplatz im Betrieb zu führen". Hierbei ist nicht berücksichtigt worden, daß allein die Stellung im Produktionsprozeß die Arbeiterklasse zu einer revolutionären Klasse werden läßt. Der Proletarier ist ein Produkt der wissenschaftlich technischen Entwicklung und lernt am Arbeitsplatz die kapitalistische Ausbeutung am eigenen Leib erkennen. Hier erwächst die Forderung nach Kürzung der Arbeitszeit, nach Sicherung des Arbeitsplatzes, hier erwächst das Verlangen, die Forderung nach Mitbestimmung zu konkretisieren. Die Probleme am Wohnort sind hauptsächlich zweitrangige, die auf dem primären Ausbeutungsverhältnis basieren. Zum anderen hieße eine solche Taktik, sich dem Willen der herrschenden Klasse zu beugen, die mit der steigenden Ausnutzung der Arbeitszeit und der wachsenden Arbeitsintensität gerade die strikte Trennung von Arbeitstag und Feierabend bezweckt... Während seiner Freizeit, die der Arbeiter heute mehr denn je benötigt, unterliegt er dann ununterbrochen der kapitalistischen Meinungsmanipulation.

Auf einer falschen Einschätzung basierte auch die Behauptung, es gäbe „linke Laute", die „keine Anarchisten sind" und der DKP näher stünden als die Kollegen von der SPD... Der Eintritt in die SPD setzt bei dem jeweiligen Genossen jedoch bereits eine relativ hohe Bereitschaft voraus, sich in einer politischen Partei zu organisieren, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten vorgibt (das gleiche gilt auch für die Gewerkschaften). Man kann hier nicht voraussetzen, daß alle SPD-Kollegen den reaktionären und ihren wirklichen Interessen widersprechenden Kurs ihrer Führer erkennen oder billigen. Selbst wenn wir die SPD heute nicht mehr als sozialistische Partei einstufen können, ändert das nichts an der relativ progressiven Einstellung der meisten Sozialdemokraten. Bei anderen, militanten linken Gruppen muß man hingegen annehmen, daß sie nicht die Notwendigkeit erkennen, die Massen zu gewinnen, daß sie teilweise sogar die revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse negieren (während die Masse der Sozialdemokraten und Gewerkschafter die Arbeiterklasse als wichtigste Kraft in der Gesellschaft anerkennen.) Diese linken Gruppierungen stellen meist elitäre, destruktive oder pseudorevolutionäre Theorien auf, die objektiv nicht darauf gerichtet sind, eine sozialistische Mehrheit in der Bevölkerung zu erlangen. Abgesehen können wir keine einzige unserer Forderungen ohne die Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten oder Gewerkschaftern durchsetzen, während wir ohne die „linken" Gruppierungen ohne weiteres auskommen könnten. Ideologische Differenzen wurden auch sichtbar bei der Einschätzung der Lage in der CSSR oder der Provokation Pekings am Ussuri. Es zeigte sich jedoch an dieser Stelle besonders deutlich, daß hauptsächlich der mangelhafte Einblick in die jeweiligen Tatbestände die Ursachen für die teilweisen Fehleinschätzungen waren. Wenn man lediglich die unzureichende Berichterstattung der bürgerlichen Presse verfolgt, kann man sich natürlich nur unzureichende Vorstellungen vom tatsächlichen Geschehen machen. Ein Initiativantrag an den Parteitag lautete dahingehend, die Grundsatzerklärung so zu verändern, daß nicht die schrittweise Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht gefordert werden solle, sondern lediglich deren Verkürzung auf 12 Monate. Die Antragsteller begründeten ihren Antrag damit, daß die Bundesregierung ja gerade die Absicht habe, eine Elitearmee von Berufssoldaten zu errichten; wir sollten ihnen dabei nicht noch mit unseren Forderungen entgegenkommen. Dem widerspricht jedoch, daß die Bundesregierung mit allen Mitteln versucht, das Recht auf Wehrdienstverweigerung einzuschränken und mit dem Schlagwort „Bürger in Uniform" versucht, die gesamte Gesellschaft zu militarisieren. Die Stimmung gegen die Bundeswehr unter größten Teilen der Jugend ist eine Folge dieser Politik, der man nur mit einer aktiven Friedenspolitik entgegenwirken kann, wie sie die Forderung nach Abrüstung darstellt.

Alles in allem hinterließ die Gründung und der Parteitag der DKP den Eindruck eines dringend notwendigen Schrittes, der auch zu einem erfolgreichen Abschluß und gleichzeitig zu einem vielversprechenden Anfang geführt hat. Man war sich über die große Menge politischer Arbeit im klaren, die nun auf die Genossen der DKP zukommen wird, aber man hatte doch auch die Gewißheit, für das richtige Ziel zu kämpfen und die Potenzen und Fähigkeiten für die Erreichung dieses Ziels zu haben.

Der Parteitag zeigte eindeutig die Geschlossenheit und Einheitlichkeit des Handelns aller Kommunisten. Die Diskussionen brachten Klärungen und Anhaltspunkte sowie Hinweise für die weitere Arbeit. Die Politik wurde in ihrer Gesamtheit völlig von den Delegierten bestimmt und nicht, wie in anderen Parteien üblich, vom Parteivorstand. Die Diskussionen, die in keiner Partei so offen geführt werden, führten dahin, daß auch in keiner Partei die Politik so von ihren Mitgliedern bestimmt wird, wie in der Deutschen Kommunistischen Partei. Diskussionen sind für sie „lebensnotwendig", wobei gleichzeitig in der Richtung der Politik und dem Erkennen des gemeinsamen Feindes größte Einmütigkeit herrschte. Vor allem in einer der Grundfragen, dem Drängen auf die Vereinigung aller Arbeiter und fortschrittlichen Kräfte war man sich einig, weil die DKP die Notwendigkeit des Bündnisses aller Sozialisten, Kommunisten und Demokraten erkannt hat.

In diesem Sinne machte der Parteitag die Deutsche Kommunistische Partei zu einem starken politischen Faktor der Linken in der Bundesrepublik.

Die dritte Hochschulreform in der DDR als Beispiel fortschrittlicher Bildungspolitik

Von Elisabeth Bessau

Trug in der Vergangenheit die an Universitäten gelehrte und entwickelte Wissenschaft in den meisten Bereichen Rechtfertigungscharakter, indem sie gesellschaftliche Verhältnisse verschleierte oder dem Staat jene Fachleute lieferte, die er als Beamte für seinen Überbau benötigte, so wird sie in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts mehr und mehr selbst zu einer Produktivkraft. Rein äußerlich zeigt sich dies an einem überproportionalen Wachstum derjenigen Disizplinen, die für die Praxis unmittelbar verwertbare Ergebnisse liefern — Natur- und Organisationswissenschaften vor allem. Der technische Fortschritt macht es für jedes Gesellschaftssystem, d. h. sowohl für das kapitalistische als auch für das sozialistische unausweichlich, die Produktivkraft Wissenschaft in seine Planungen einzubeziehen.

Hier aber kann bereits auf den entscheidenden Unterschied verwiesen werden: wird im Kapitalismus die langfristige Sicherung des Profits der Großunternehmen geplant, so im Sozialismus die Vergrößerung des gesellschaftlichen Fonds, mit dem die Bedürfnisse aller befriedigt werden können.[1])

Eines aber ist klar: die neue Dimension von Verwertbarkeit von Wissenschaft erfordert hier wie dort eine völlige Umstrukturierung des allmählich gewordenen traditionellen Lehr- und Forschungsbetriebs deutscher Universitäten, deren klassisches Ideal der universal gebildete Bürger des 19. Jahrhunderts war, der sich den Luxus leisten konnte, größtenteils nicht unmittelbar Verwertbares gelernt zu haben.

In der Bundesrepublik versucht die Wirtschaft, ihre Interessen mit dem staatlichen Kulturföderalismus abzustimmen. Das Ergebnis sind verschiedene Hochschulgesetze.[2])

In der DDR nahm man allein bis heute die dritte Reform der Hochschulen in Angriff. Ihre Voraussetzungen wurden einerseits mit den vorangegangenen Reformen, andererseits mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft geschaffen. Das Bildungssystem der DDR unterscheidet sich zunächst wesentlich von dem westdeutschen, indem es die materiellen Hindernisse für ein Studium für Kinder von Arbeitern und Bauern beseitigte. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Studierenden beträgt in der DDR rund 46 Prozent gegenüber acht Prozent in der Bundesrepublik. Die Rechte der DDR-Bürger auf Bildung wurden sogar detailliert in einigen Artikeln der Verfassung verankert. Hier seien nur die Passagen des Artikels 26 zitiert, die das Hochschulstudium zum Gegenstand haben: „Der Staat sichert die Möglichkeit des Übergangs zur nächsthöheren Bildungsstufe bis zu den höchsten Bildungsstätten, den Universitäten und Hochschulen, entsprechend dem Leistungsprinzip, den gesellschaftlichen Erfordernissen und unter Berücksichtigung der sozialen Struktur der Bevölkerung ... Direktstudenten an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen sind von Studiengebühren befreit. Stipendien und Studienbeihilfen werden nach sozialen Gesichtspunkten und nach Leistung gewährt."

Nach der Neuregelung des Stipendienwesens, die im August 1968 in Kraft trat, erhält jeder Studierende, dessen Eltern nicht mehr als tausend Mark verdienen, ein Grundstipendium von 190 Mark im Monat, bis zu 1500 Mark elterlichen Verdienstes noch 110 Mark. Bei Studentenehepaaren wird das Einkommen der Eltern nicht in Ansatz gebracht. Sonderregelungen gelten bei Familien mit mindestens vier Kindern. Dies sind also die zitierten „sozialen Gesichtspunkte" bei der Stipendienvergabe. Hinzu kommen Leistungsstipendien in Höhe von 40 oder 80 Mark, die im zweiten Studienjahr an 40, im dritten an 50 Prozent aller Direktstudenten vergeben werden. Wer nach Beendigung des Fachstudiums promoviert, erhält unabhängig vom elterlichen Einkommen im ersten Jahr 300, im zweiten 350 und im dritten 450 Mark monatlich. Heute sind 83 Prozent der Studierenden Empfänger dieser öffentlichen Mittel, während in der Bundesrepublik rund ein Viertel zu diesem Kreis gehört, wobei sie zum Teil noch zurückgezahlt werden müssen. Wem der monatliche Betrag — gemessen an westdeutschen Ausbildungskosten — gering erscheint, der sei daran erinnert, daß das Studium gebührenfrei ist und daß vor allem die Aufwendungen für den notwendigen Lebensunterhalt erheblich niedriger liegen als hier. Für einen Platz in einem Studentenwohnheim sind monatlich zehn Mark zu zahlen, für ein Mensaessen zwischen 0,60 bis einer Mark, für eine Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln 0,20 Mark.

Eine zentrale Forderung marxistischer Studenten in der Bundesrepublik dagegen — der SDS erhebt sie seit fast 20 Jahren — hat auch im Bildungssystem der DDR bis heute keine Verwirklichung gefunden: die Anerkennung des Studiums als gesellschaftliche Arbeit. Würde es als eine solche bewertet werden, so müßte dies in einer generellen Entlohnung — entsprechend jeder anderen Arbeit — seinen Ausdruck finden, d. h. an einen jeden Studierenden wäre — unabhängig von der sozialen Stellung und dem Einkommen seiner Eltern — ein Studienhonorar zu zahlen, das im hochschulpolitischen Bereich ein wichtiges Anliegen sozialistischer Studenten in Westdeutschland ist. Es gibt weder theoretische, noch ökonomische Gründe, die gegen ein derartiges Honorar sprechen, kann man doch den gesellschaftlichen Stipendienfonds vergrößern, etwa durch eine stärkere Besteuerung derjenigen, die mehr als 1500 Mark — die bestehende Grenze für Stipendiengewähr in der DDR — verdienen. Eine Staffelung nach Leistungsgesichtspunkten ist hingegen gerechtfertigt, weil sich darin ausdrückt, daß nach der Marx'schen Theorie qualifizierte ein mehrfaches von einfacher Arbeit ist. Denn hervorragende Leistungen beruhen auf qualifizierterer Arbeit. Wurde im vorangehenden skizziert, wie sich in der Praxis das ausnimmt, was im dritten Absatz des Artikels 26 der DDR-Verfassung formuliert ist, so sei nun auf einiges hingewiesen, was zum Inhalt des ersten Absatzes gehört: Sicherung des Übergangs zur nächsthöheren Bildungsstufe bis hin zur Universität. Gerade hier — wenn man von den enormen physischen Anforderungen der Begabtenprüfung nach Feierabend absieht — gibt es für die Arbeiterkinder in der Bundesrepublik ab der fünften Volksschulklasse keine echten Bildungschancen. In der DDR dagegen wurden unmittelbar nach dem Kriege für Arbeiter und Bauern Vorstudienanstalten errichtet, die ab 1949 den Namen „Arbeiter- und Bauern-Fakultäten" trugen und Meilensteine der ersten Hochschulreform bildeten. Heute kann das Abitur an einer Volkshochschule oder an einer Betriebsakademie nachgeholt werden, sofern nicht schon an der Berufsschule in drei Jahren gleichzeitig mit dem Facharbeiterbrief in einer Abiturklasse die Hochschulreife erlangt wurde. Selbstverständlich gibt es daneben das normale Abitur an der Oberschule.

Nach der zweiten Parteikonferenz der SED 1952, die den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft beschloß, begann die zweite Hochschulreform der DDR. Ging es bei der ersten noch entscheidend darum, wer studiert, wer lehrt und forscht, so bei der zweiten darum, was an Wissen vermittelt wird. Institute für Marxis-

---

[1]) Vergl. hierzu . . . . .

[2]) Vergl. hierzu in diesem Heft: Gerhard Bessau, „Ideologische Fundamente westdeutscher Hochschulreformen."

mus-Leninismus wurden überall errichtet, und die Ausbildung in seinen Grundlagen, als da sind Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, dialektischer und historischer Materialismus und politische Ökonomie, war fortan für jeden Studierenden obligatorisch, um seinen Blick für gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge zu schärfen, ihn fachbezogene Erkenntnisse richtig einordnen und gesellschaftliche Fernwirkungen seiner wissenschaftlichen Tätigkeit erkennen lassen zu können. Seit 1951 gehört ferner zu dem Wissen, das sich jeder Studierende aneignen muß, die fachbezogene Kenntnis des Russischen und einer zweiten Fremdsprache, die in Prüfungen nachzuweisen ist. Um die Fülle des zu Erlernenden, zu dem eben nicht nur das Fachwissen gehört, bewältigen zu können, ohne der Gesellschaft überflüssige Kosten auferlegen zu müssen, wurden im Rahmen der zweiten Hochschulreform die traditionellen Semester mit den langen Ferien durch ein zehn Monate umfassendes Studienjahr abgelöst und Berufspraktika für alle Studierenden eingeführt.

Vergingen zwischen der zweiten und dritten Hochschulreform auch mehr als eineinhalb Jahrzehnte, so wurde diese doch schon seit langem vorbereitet. Der sechste Parteitag der SED im Januar 1963 beschloß bereits, das gesamte Bildungssystem der DDR, also nicht allein die Hochschulen, sondern alle Ebenen bis hinunter zum Kindergarten zu modernisieren. Am 25. Februar 1965 verabschiedete die Volkskammer ein Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Beide Maßnahmen lassen in ihren Begründungen die neue Dimension der Wissenschaft als Produktivkraft im Gefolge des technischen Fortschritts deutlich werden, wenn immer wieder von den Anforderungen gesprochen wird, die „die wissenschaftlich-technische Revolution" unter den Bedingungen des Sozialismus stellt. Aus diesem Grunde forderte jenes Gesetz eine engere Verbindung von Hochschulen und Industrie. Anfang 1966 publizierte das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR", in denen die organisatorische Reform der Hochschulen und die Neugliederung des Studiums, wie sie die Reform 1968 verwirklichte, erstmals in ihren Details dargestellt wurden. Somit ging allen Reformen ein langer Prozeß der Klärung, der Diskussionen, der Anregungen seitens der Betroffenen — Studenten, Hochschullehrer, Industrie — voraus, ehe sie im Entwurf eines Staatsratsbeschlusses „über die Weiterführung der 3. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975" vom 20. Januar 1969 Gestalt annahmen. Dieser Entwurf aber wurde ebenfalls an Hochschulen und in Betrieben zur Diskussion gestellt.

Seit Herbst 1968 gliedert sich die Ausbildung in der DDR in ein Grund-, Fach-, Spezial- und Forschungsstudium. Jedes schließt mit einer Prüfung, die beiden letzteren mit akademischen Graden, und zwar das Spezial- mit dem Diplom, das Forschungsstudium mit dem Doktor ab.

Das Grundstudium währt ein bis zwei Jahre bei 32 Stunden pro Woche. In diese Zeit fällt das Fremdsprachenstudium und die Aneignung der Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus. Das Fachstudium, das sich an das Grundstudium für weitere zwei Jahre anschließt, ist — und das ist eine wesentliche Neuerung — in hohem Maße forschungsbetonte, was dadurch erleichtert wird, daß in der DDR auf rund 120 000 Studierende 12 000 Hochschullehrer entfallen. „Forschend lernen — lernend forschen" lautet die neue Devise, die zu einer direkten Beteiligung der Studierenden an den Forschungsprojekten der Hochschullehrer führen soll. Dafür wird ein Teil der Wochenstunden reserviert und auch das Pflichtpraktikum, das bis zu sechs Monate des Fachstudiums ausfüllen kann, dient dem gleichen Zweck. Das Praktikum wird als wissenschaftlich produktive Arbeit verstanden, d. h. einerseits soll die Tätigkeit der Studierenden einen ökonomischen Nutzen stiften, andererseits sollen sie lernen, praktische Probleme theoretisch zu bewältigen und bei ihren Studien die Anwendbarkeit des Gelernten für die Praxis stets im Auge zu behalten. Da sich die spätere Berufsarbeit in Gesellschaft mit anderen vollzieht, wird auch für die studentische Forschung im Rahmen der Universität die Gemeinschaftsarbeit angestrebt.

Die Mehrheit aller Studierenden schließt an ihr Fach- ein Spezialstudium von ein bis zwei Semestern an, während derer eine Diplomarbeit angefertigt wird, die aber heute nicht mehr allein von einem Professor beurteilt wird, sondern immer häufiger durch den Studierenden auch vor den Angehörigen eines Betriebes verteidigt werden muß, für den die Hochschule das Forschungsvorhaben durchführt, aus dem als Detailaspekt das Thema der Diplomarbeit herausgelöst wurde.

Anstelle des Spezialstudiums tritt für befähigte Studentinnen und Studenten das Forschungsstudium, das in zwei bis drei Jahren zur Promotion führt. Wichtig ist, daß den Doktoranden, aus deren Reihen sich die künftigen Hochschullehrer rekrutieren, pädagogische Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt werden, während in der Bundesrepublik die Hochschulen die einzigen staatlichen Ausbildungsstätten sind, deren Lehrer keinerlei pädagogische Talente entwickeln müssen.

Eine besonders schwerwiegende Reform ist die Verpflichtung aller Hochschulabsolventen, sich in regelmäßigen Abständen in Kurz- oder Spezialkursen an der Universität weiterzubilden. Im Entwurf des Staatsrats vom 20. Januar 1969 heißt es dazu: „Inhaltlich erfolgt die ständige Weiterbildung vor allem auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus und seiner schöpferischen Anwendung auf die Planung und Leitung der gesellschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Prozesse beim weiteren Aufbau des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus. Sie erstreckt sich auf neue Gebiete der Wissenschaft einschließlich der damit verbundenen Grundlagen-, Grenz- und Querschnittsgebiete . . . Dringend erforderlich ist die fremdsprachliche Weiterbildung . . . Für den Lehrkörper der Hoch- und Fachschulen ist außerdem die Weiterbildung auf dem Gebiet der Bildungspolitik von Partei und Regierung, der Wissenschaftstheorie und -organisation, der Erziehungswissenschaft, Psychologie, der Didaktik und Methodik der Hoch- und Fachschulbildung durchzuführen." Es sei vermerkt, daß die Verpflichtung zur Weiterbildung für alle Werktätigen gleichermaßen als „ein erstrangiges gesellschaftliches Erfordernis" angesehen wird. Inhaltlich bemerkenswert ist der Umstand, daß Hochschullehrer sich auch in Bereichen, die außerhalb ihres Spezialgebietes liegen, weiter bilden müssen, beispielsweise in Marxismus-Leninismus und Didaktik. Fachidioten haben dort keine Chance!

Neben der Neuordnung des Studienablaufs und dem Schwergewicht, das auf die Forschungstätigkeit und wissenschaftliche Produktivität der Lernenden gelegt wird, ist die „Planung, Leitung und Organisation des Hochschulwesens" ein weiterer Aspekt der Hochschulreform. Letztlich dient aber alles dem zentralen Anliegen einer „immer enger werdenden organischen Verbindung von sozialistischer Großproduktion, wissenschaftlicher Forschung und Ausbildung", auch die vertraglich fixierten „Kooperationsbeziehungen" zwischen den Hochschulen und der Praxis, die alle Forschung auftragsgebunden werden lassen.

Der akademische Senat und die Fakultäten wurden durch einen Gesellschaftlichen und durch einen Wissenschaftlichen Rat ersetzt. Der Gesellschaftliche Rat besteht aus Hochschullehrern, wissenschaftlichen Mitarbeitern, Studenten, Angestellten der Universität, Vertretern der Industrie, der staatlichen Organe, der Parteien und Massenorganisationen. Letztere sollen die enge Verbundenheit der Universität mit dem politischen Leben der sozialistischen Gesellschaft gewährleisten. Der Gesellschaftliche Rat berät und kontrolliert den Rektor. Dem Wissenschaftlichen Rat gehören nur Hochschullehrer und Studenten an. Er hat für eine zweckmäßige Wissenschaftsorganisation an den Hochschulen zu sorgen und über Ernennungen von Hochschullehrern zu entscheiden. Das Konzil als Delegiertenversammlung aller Hochschulangehörigen berät Grundfragen der Hochschulentwicklung und den Rechenschaftsbericht des Rektors.

Entsprechend der Konzentration in der Industrie wurden die Institute zu Sektionen zusammengefaßt, die von gewählten Direktoren mit dreijähriger Amtszeit geleitet werden. Der Rat der Sektion, der sich aus Hochschullehrern, Mitarbeitern, Studenten, Vertretern von Betrieben und öffentlichem Leben zusammensetzt, organisiert die Beziehungen vertraglicher Art zur Praxis. Allerdings wich das traditionelle Stufensystem: Assistenten — Oberassistenten — Dozenten — Honorardozenten — Honorarprofessoren — ordentliche Professoren nicht einer sozialistischen Wissenschaftsorganisation im Rahmen der Dritten Hochschulreform.

Wen der Versuch einer engen Bindung der Hochschule an die Industrie im Sozialismus überrascht, der vergegenwärtige sich, daß die Entwicklung der Produktivkräfte sowohl in der DDR als auch in kapitalistischen Ländern auf die Dauer eine enge Verbindung beider notwendig macht, soll sie nicht gehemmt werden. Die Produktionsverhältnisse aber, das Eigentum an den Produktionsmitteln, bedingen, was mit den Produktionsergebnissen geschieht, ob sie zu einer Hebung des allgemeinen Lebensstandards — bei gesellschaftlichem Eigentum wie in der DDR — oder zu einer Kapitalanhäufung bei wenigen — bei privatem Eigentum wie in der Bundesrepublik —, zu kapitalistischer Verschwendung in Form von Überkapazitäten, Reklame etc. führen.

Dieser qualitative Unterschied gilt für jede ähnlich erscheinende Maßnahme in entgegengesetzten Gesellschaftssystemen, also auch im Hochschulbereich.

Die 170000-km-Rallye!

S 63/12

Diese Rallye startet 5 x in der Woche. Vielleicht fährt gerade in diesem Augenblick einer jener gelb-roten Wagen durch Ihre Straße. Einer von 3000. Das Ziel: Erfrischung für durstige Kehlen. Die Namen der erfolgreichen Fahrer sind anonym – die Namen der Marken sehr berühmt:

Fanta Sprite Cappy TRINK Coca-Cola Coke

COCA-COLA koffeinhaltig köstlich erfrischend

COCA-COLA, COKE, FANTA, CAPPY und SPRITE sind eingetragene Warenzeichen.

H. & J. Schmitz, Köln-Zollstock · Vorgebirgstraße 112 · Ruf 38 05 83

Abfüllung und Alleinvertrieb für Köln-Stadt und Land sowie Kreis Bergheim

Hochschulgesetz – Essentials

Was ohne Bezug zur aktiven Mitbestimmung aller als Fortschritt im Kapitalismus fungiert, zeitigt stets ein widerspruchsvolles Resultat: überholte, lebensfremde Formen werden zwar überwunden, doch immer um den Preis unumschränkterer Herrschaft der staatlichen Gewalt auf Kosten demokratischer Verhältnisse. Der sozialdemokratische Kultusminister von Nordrhein-Westfalen vermeint natürlich, dem Fortschritt zu dienen, wenn er und seine Regierung den Hochschulgesetzentwurf vom 11. März verabschieden lassen. Die organisatorische Gestalt der Universität soll ein zeitgemäßes Gewand erhalten, damit umso reibungsloser die Ergebnisse von Forschung und Lehre den Monopolen sowie den von ihnen ökonomisch gesteuerten Bereichen zugute kommen können.

Demokratisch allein wäre es, die große Masse der mittelbar oder unmittelbar Produzierenden im staatskapitalistischen Unternehmen „Universität", die Studierenden und Assistenten an der Vermehrung des Produktes „Wissenschaft" mitwirken zu lassen. Kein Wort verliert der Gesetzentwurf über die einseitige private Aneignung verwertbarer Forschung durch die oligarchische Professorenschicht, kein Wort über die unkontrollierte Wissenschaftsproduktion zugunsten einer Minderheit mächtiger kapitalistischer Gruppen.

Ein demokratisches Hochschulgesetz muß diesen gesellschaftsfeindlichen Zusammenhang zerreißen! Die „Hochschulgesetz-Essentials" des Kölner ASTA bieten dafür einige formale Voraussetzungen, die auch sozialistischen Studierenden akzeptabel erscheinen. Doch sie allein garantieren keine Lösung der entscheidenden Fragen. Sie berücksichtigen nicht die enge Beziehung von Universität und Gesellschaft, somit von Wissenschaft und sozialen Konflikten, von dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Daher ist über sie hinauszugehen:

1. Durch Verankerung des Rechts der studentischen Basisgruppen und Fachschaften sowie der Assistenten auf eine paritätische Mitwirkung der inhaltlichen Bestimmung von Forschung und Lehre gemäß den antikapitalistischen Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung.

2. Durch Änderung der Punkte „2 c" und „2 d" der ASTA – „Essentials", wonach „prinzipielle generelle Öffentlichkeit aller Entscheidungsorgane auf der Basis der Mitwirkung von Arbeiterorganisationen" und

„Kontrolle der Auftragsforschung durch kollegiale Entscheidungsgremien unter Mitwirkung von Vertretern von Arbeiterorganisationen" gesetzlich festgelegt werden müssen.

3. Durch Verankerung des Rechts auf ein Studienhonorar für alle Studierenden gemäß dem Grundsatz, daß Studium gesellschaftliche Arbeit und als solche zu bewerten ist.

Während die ASTA – „Essentials" bloße liberale Forderungen für ein alternatives Hochschulgesetz beinhalten, stellen diese über den verwaltungstechnischen Rahmen hinausführenden Forderungen die Bedingungen für ein demokratisches Hochschulgesetz dar.

Die Studentenschaft muß sie sich zu eigen machen, wenn sie daran interessiert sein will, an den Hochschulen und Universitäten mit einer Demokratisierung von Staat und Gesellschaft den Anfang zu machen.

SDS Spartakus Köln
Assoziation Marxistischer Studenten

SDS Spartakus Bonn

Am 12. 5. hat Prof. Dietze/Karl Marx Universität Leipzig in Bonn einen Vortrag zum Thema LITERATURWISSENSCHAFT UND POLITIK IN DEUTSCHER GESCHICHTE UND GEGENWART gehalten und am folgenden Tag in einem Seminar die Ergebnisse seines Vortrages noch einmal zusammengefaßt:

Gen. Dietze zeigte den Ursprung der Ger. als antifeudale Wissenschaft zur Zeit Herders und Goethes, den Verlust ihres antifeudalen Charakters in der Romantik (Schlegel) und ihre Neubestimmung durch Gervinus. G., der als Vertreter der bürgerlichen Emanzipation eine „Geschichte der poetischen Nationalliteratur der Deutschen" schreibt, steht in einem Traditionszusammenhang nicht nur zur Romantik, sondern zur Klassik. Das Konzept der klassischen deutschen Nationalliteratur und die Entstehung der Literaturwissenschaft sind keine Kinder der Romantik, wie hier stets immer behauptet, sondern Ergebnis des bürgerlichen Selbstverständigungsprozesses in Aufklärung und Klassik.

Der antifeudale Aspekt geht der Germanistik endgültig nach 1848 verloren. Rankes 1853/54

erschienenes Werk „Die großen Mächte" ist Ausdruck des nachrevolutionären Katzenjammers. Der Pseudoobjektivismus des Historismus – der Historiker solle sagen, wie es gewesen sei (Kostüm, Dekor, hist. Detail) – führt zur Kapitulation vor der literaturwissenschaftlichen Aufgabe, nämlich die gesellschaftlichen Kräfte zu zeigen, die in der Geschichte wirksam geworden sind.

Gen. Dietze skizzierte sodann die positivistische Scherer-Schule mit ihrer Trias vom „Ererbten, Erlernten, Erlebten". Scherer sei ein guter Diener der herrschenden Klasse im 19. Jh. gewesen. – Entscheidend für die Weiterentwicklung der Ger. in der Zeit des Imperialismus ist die indirekte Apologetik, die Behauptung, der eigentliche Wissenschaftsgegenstand werde nur da gefunden, wo nicht gewertet wird. Der Primat des Nichtwertens erstreckt sich schließlich auch auf neuere und neueste Lit., deren gesellschaftliche Relevanz von dieser Ger. nicht mehr untersucht werden kann.

Über Diltey, Nadler oder Korff irrationalistisch und psychologistisch weiterentwickelt, endet die bürgerliche Ger. schließlich im hermeneutischen Zirkel des Zürcher Literaturpapstes Staiger. Seine Endposition: Entweder Literatur oder Wissenschaft. Der Beginn des Interpretierens, einer literaturwissenschaftlichen Tätigkeit, bedeute zugleich das Ende der Literaturwissenschaft. – Dietze machte in seiner Kritik deutlich, daß es um die methodische Grundposition dieser Wissenschaft gehe, nicht um irgendwelche Einzelheiten.

Ansatzpunkt einer demokratischen Ger. in der BRD könnte die Anknüpfung an die bürgerlich-demokratische Literaturwissenschaft des Vormärz sein. Die emanzipatorische Kraft in der fortschrittlichen Wissenschaft jener Zeit muß von uns wieder nutzbar gemacht werden. Allerdings bleibt die marxist. Lit.-Wissenschaft die einzige Wissenschaft, die die Literatur insgesamt wissenschaftlich darstellen kann und mehr als nur eine Methode der Textinterpretation ist.

Am Mittwoch, den 4. 6. sprach Prof. Haase KMU Leipzig um 20 Uhr im Hörsaal 8 in der Universität Bonn zum Thema:

ENTWICKLUNG UND FUNKTION DER LITERATURWISSENSCHAFTLICHEN GERMANSTIK IN DER DDR

Am folgenden Tag, Donnerstag, 5. 6. (Fronleichnam), fand in Bonn ein Spartakusseminar statt, in dem Gen. Haase folgende Probleme diskutierte.

Deutschlehrerausbildung in der DDR
Studienpläne
Unsere Möglichkeit im Rahmen der bürgerlichen Germanstik, demokratische Deutschlehrer auszubilden
Unsere Forderung hinsichtlich neuer Lehrinhalte
Aufgaben von marxist. Germanistikstudenten
Organisation vom marxistisch orientierten Arbeitsgruppen der Lit.-Wissenschaft (Problem: Basisgruppen, Fachschaften)
Unser Verhältnis zur antiautoritären „Zerschlagt die Germanstik"-Strategie
Organisation der bundesdeutschen Spartakus-Germanisten

Rot Front!
gez. Rutger Booß

Grundsatzerklärung des SPARTAKUS Assoziation Marxistischer Studenten

Der Notstand wird bereits an den Hochschulen geprobt. Von der Androhung des Stipendienentzugs und der Relegierung über Klassenjustiz und Polizeiterror bis hin zu Vorbeugehaft- und Konzentrationslagerplänen spannt sich heute das Spektrum repressiver Maßnahmen der Herrschenden. Es zeigt sich, welches Ausmaß an Brutalität die herrschende Klasse einzusetzen bereit ist, wenn sie ihre Interessen nicht mehr mit Mitteln ‚friedlicher' Integration durchsetzen kann.

Die oppositionelle Studentenbewegung mußte die Erfahrung machen, daß sie es beim Kampf um die Demokratisierung der Hochschule nicht allein mit reaktionären professoralen Autoritäten zu tun hat, sondern sich einem konzentrierten Angriff von Staatsapparat und Monopolkapital gegenüber sieht. Die zunehmende Bedeutung von Wissenschaft und Wissenschaftlern für den modernen Produktionsprozeß macht für die herrschende Klasse die systematische Planung und Organisierung des Hochschulbereichs im Interesse der Profit- und Herrschaftssicherung notwendig. Die Verschmelzung von Wissenschaft und Produktion bedeutet in jedem Falle den Verlust der klassischen Autonomie der Hochschulen und der relativen Freiheitsspielräume der Wissenschaftler. Im Kapitalismus vollzieht sich das jedoch nicht zugunsten einer demokratischen Wissenschaftsplanung, sondern im Sinne der Gleichschaltung der Hochschulen mit der Politik der herrschenden Minderheit. Die neue Rolle der Wissenschaft, verbunden mit fortschreitender Kapitalkonzentration, bewirkt die Proletarisierung immer größerer Teile der Intelligenz: Die angestellte und beamtete Intelligenz nimmt anteilmäßig gegenüber der selbständigen ständig zu.

Perspektivisch sind die objektiven Interessen der Mehrheit der Studierenden identisch mit denen der heute lohnabhängig Produzierenden. Die Studenten erfahren in ihrem besonderen Bereich die allgemeinen Widersprüche dieser Gesellschaftsordnung. Auch an den Hochschulen wird die Formierung vorangetrieben, die Forderung nach Mitbestimmung wird bekämpft. Im Kampf für ihre Interessen stehen sie dem gleichen Gegner gegenüber wie ihre Kollegen in den Betrieben und Büros: Dem Monopolkapital und seinem Staat.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung, ausgelöst durch die Erfahrung zunehmender Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit dieser Gesellschaft hat sich in der Studentenschaft früher als in anderen gesellschaftlichen Bereichen der Widerstand gegen imperialistische Politik nach innen und außen (Vietnam; Springer; Notstandsverfassung) strukturiert.

Eine Reihe von theoretischen Differenzen wurden nunmehr für die Bewegung unmittelbar praxisrelevant und führten daher zu scharfen Gegensätzen:

– Gibt es heute noch eine revolutionäre Klasse?
– Braucht man heute noch zum Kampf eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, eine kommunistische Partei?
– Nach welchen Kriterien wählen wir die Mittel im Kampf gegen die Herrschenden?
– Welches ist das Verhältnis von theoretischem und praktischem Kampf?
– In welchem Verhältnis steht der Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern zum Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen in der ‚Dritten Welt' und zur Rolle der sozialistischen Länder im internationalen Klassenkampf?

Die These, die Arbeiterklasse – früher vielleicht einmal revolutionär – sei heute durch einen unglaublich verfeinerten Manipulationsapparat vollständig und unumkehrbar integriert, ist falsch, weil sie nicht differenziert zwischen dem aktuellen Bewußtseinsstand einerseits und der objektiven Lage und den historischen Möglichkeiten der Arbeiterklasse andererseits. Die These von der vollständigen und unumkehrbaren Integration ist schädlich, weil sie verhindert, daß die Veränderung des gegenwärtigen Bewußtseinsstandes der Massen als eine zentrale Aufgabe in Angriff genommen wird. Die These, die Arbeiterklasse bedürfe heute in ihrem Kampf nicht mehr einer revolutionären Partei, die Unterdrückten fänden spontan und selbsttätig zu den jeweils notwendigen nächsten Schritten auf dem Weg zum Sozialismus, ist falsch, weil sie einen Gegensatz zwischen Spontaneität und Bewußtheit konstruiert, weil sie die Notwendigkeit des organisierten Hineintragens von Bewußtsein übersieht und weil sie die Notwendigkeit des organisierten Kampfes in der Auseinandersetzung mit der höchst organisierten und erfahrenen herrschenden Klasse vergißt. Sie ist schädlich, weil sie die Entwicklung von spontanen Aktionen der Ausgebeuteten zu organisierten Formen der Auseinandersetzung mit dem mächtigen Gegner verhindert und so die zersplitterten oppositionellen Kräfte weiter in der Zersplitterung hält.

Die These, die Kampfmittel ließen sich ihrer Form nach in revolutionäre und reformistische unterscheiden, ist falsch, denn der Charakter von Kampfmitteln mißt sich am Ziel, der sozialistischen Revolution, an den Machtverhältnissen in der konkreten Situation und am Bewußtseinsstand der Beteiligten. Die These, die Aktions- und Organisationsformen seien zu bemessen an dem Grad, in dem sie die zukünftige Befreiung in unmittelbarer psychischer Befriedigung vorwegnehmen, ist aus ebendiesem Grunde falsch. Die Trennung von Mittel und Ziel ebenso wie die Fiktion von der Vorwegnahme und schrittweisen Eroberung herrschaftsfreier Enklaven verhindert die Erarbeitung und Realisierung einer langfristigen Strategie auf das sozialistische Ziel hin. Erst im Rahmen einer solchen Strategie läßt sich der Stellenwert der konkreten Organisations- und Aktionsform in einer bestimmten Situation angeben.

Die Entgegenstellung von Theorie und Praxis ist sowohl in ihrer Theoriefeindlichen wie in ihrer praxisfeindlichen Version falsch, weil sie die Vermittlung revolutionärer Theorie und revolutionär verändernder Praxis nicht sieht, deren dialektische Einheit in ihrer Rolle im Prozeß der gesellschaftlichen Umwälzung begründet ist. Sie ist schädlich, weil sie in jedem Falle die Erarbeitung und Realisierung einer langfristigen Strategie verhindert.

Die Thesen über die Identität von Herrschaft in kapitalistischen und sozialistischen Ländern beziehungsweise ihrer konvergierenden Entwicklung sind falsch, weil sie von der qualitativen Veränderung der Produktionsverhältnisse und von dem proletarischen Klassencharakter der Machtausübung in den sozialistischen Ländern, auf deren Grundlage die partiellen Widersprüche des sozialistischen Aufbaus zu lösen sind, absehen. Diese Thesen sind schädlich, weil sie jede Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern beeinträchtigen und den Antikommunismus begünstigen. Wir halten es nicht mit denen, die den Sozialismus überall für gut halten, nur nicht in den sozialistischen Ländern, insbesondere der DDR. Denn die weitere Entwicklung der sozialistischen Länder hat zentrale Bedeutung für den Kampf der Sozialisten in der Bundesrepublik.

Die Thesen vom grundlegenden Interessengegensatz zwischen Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, nationalen Befreiungsbewegungen in den vom Imperialismus unterentwickelt gehaltenen Ländern und den sozialistischen Ländern sind falsch, weil sie partielle und kurzfristige Widersprüche nicht in Beziehung sehen zur Identität der langfristigen und allgemeinen Interessen dieser drei Momente, einer objektiven Interessenidentität, die begründet ist in dem gemeinsamen Gegner, dem internationalen Imperialismus, und dem gemeinsamen Ziel, der sozialistischen Weltrevolution. Diese Thesen sind schädlich, weil sich von ihnen aus die Lösung der partiellen und kurzfristigen Widersprüche nicht als eine immer wieder zu bewältigende Aufgabe für die revolutionäre Bewegung stellt und weil sie von der notwendigen Solidarität im internationalen Klassenkampf ablenken.

Marxistische Studenten haben wichtige politische Aufgaben in einer Bewegung, insofern diese in ihrem Grundcharakter antiimperialistisch ist, auch wenn sie in einigen oder mehreren dieser Fragen falsche oder unklare Positionen vertritt. Um in dieser Bewegung nicht aufzugehen, sondern ihre weiterführenden Perspektiven zu entwickeln, das heißt, an den Hochschulen die Interessen der Gesamtbewegung zu vertreten, müssen sie sich eigenständig organisieren. Diese Organisierung dient zum einen der Rekrutierung und Qualifizierung von Teilen der Intelligenz als sozialistische Kader für die Aufgabe, die Arbeiterbewegung in ihrem Kampf theoretisch und praktisch zu unterstützen. Zum anderen ist eine solche Organisierung über bloße syndikalistische Interessenvertretung am Arbeitsplatz hinaus als Vertretung der langfristigen Interessen der Intelligenz um so notwendiger, je mehr die Intelligenz nicht mehr nur Bündnispartner der Arbeiterklasse ist, sondern zu einem Teil der Arbeiterklasse wird, der innerhalb der Arbeiterbewegung und nicht gegen sie seine spezifischen Interessen zu formulieren und zu vertreten hat.

Die Bezeichnung „SPARTAKUS – Assoziation Marxistischer Studenten" läßt unsere gegenwärtige Zusammensetzung, wie sie sich auf Grund der Geschichte der Studentenbewegung in der Bundesrepublik herausgebildet hat, erkennen: Zu uns gehören SDS-Gruppen in einigen Städten des Rhein-Ruhr-Gebiets, die in ihrer Gesamtheit marxistische Positionen vertreten; zu uns gehören marxistische Fraktionen in anderen SDS-Gruppen; zu uns gehören aber auch Gruppen marxistischer Studenten an solchen Orten, in denen alle Bemühungen, im SDS durch politische Diskussion eine gemeinsame marxistische Praxis zu bestimmen, gescheitert sind. Eine Standortbestimmung innerhalb der heutigen Wirklichkeit ohne Kenntnis der historischen Voraussetzungen halten wir für unmöglich. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und ihre Lehren gilt es dem faschistischen und nachfaschistischen Verdrängungsprozeß zu entreißen. Insofern symbolisiert der Name SPARTAKUS für uns eine programmatische Verpflichtung.

Rezensionen

Buch

Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Mit Beiträgen von Wolfgang Abendroth, Peter Brückner, Furio Cerutti, Klaus Dörner, Jürgen Habermas, Ekkehart Krippendorff, Herbert Lederer, Wolfgang Lefèvre, Klaus Meschkat, Oskar Negt, Arnhelm Neusüss, Claus Offe, Reimut Reiche, Claus Rolshausen, Helmut Schauer, Frank Wolf, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1968, 211 S.

Seit einem Jahr befehden sich der bürgerlich-fortschrittliche Sozialphilosoph Jürgen Habermas und die antiautoritären Studenten mit einer Heftigkeit, die intensiver ist als die Kontroversen der Antiautoritären mit dem bourgeoisen wissenschaftlichen Establishment. Weder Habermas noch die Studenten sind bereit, auf einen Kompromiß, auf eine Art „Waffenstillstand" einzugehen. Während der Frankfurter Professor durch seine jüngsten Attacken, durch seine Skepsis und seinen Sarkasmus zu verstehen gibt, daß die Antiautoritären schon heute ihre politische Zukunft verspielt hätten, wenden letztere gegen ihn einen sublimen Terror an, um ihn – wie es gegen seinen Mentor Adorno auch schon gelang – vom Katheder in die private Isolation zu drängen. Der Grund dafür liegt weniger in unüberbrückbaren theoretischen Differenzen als in einer unüberwundenen Enttäuschung der Antiautoritären über Habermas, der auf ihr Verlangen, die Position eines „Chef-theoretikers" der „Neuen Linken" einzunehmen, nur mit öffentlich geäußerter Verachtung ihnen gegenüber reagierte. Publizistischen Niederschlag fand dieser Konflikt in einer Sammlung von Beiträgen über die provozierenden Thesen Habermas' unter dem oben zitierten Titel.

In der Einleitung deutet Oskar Negt zu Recht auf die Abhängigkeit „der jüngeren Repräsentanten der Außerparlamentarischen Opposition vom Habermas'schen Denken" hin (S. 32), während Klaus Meschkat im abschließenden Beitrag „Über Bundesgenossen und Bündnispolitik" das wohl wichtigste Motiv für die bisweilen überaggressive Kritik der „Repräsentanten" an Habermas nennt: „Ohne die Bedeutung einzelner Personen überzubewerten, darf man doch sagen, daß ein Jürgen Habermas, der durch sein eigenes Beispiel die radikale Wendung der besten Vertreter der westdeutschen Intelligenz gegen die herrschende Ordnung manifestieren würde, selbst ein nicht zu unterschätzender Faktor im politischen Kampf wäre." (S. 207) Mit einer Ausnahme – Claus Rolshausen über „Neue Probleme und alter Kapitalismus" (S. 143–153) – übernehmen dagegen die Antiautoritären die entscheidende Habermas'sche Position antisozialistischer Theorie: die Forderung nach einer Revision der Arbeitswerttheorie von Marx. Nur, worauf Meschkat verweist, was sie von Habermas trennt, ist dessen Vorschlag, nicht vor dem Abschluß der Diskussion um die Arbeitswertlehre (S. 204) mit der revolutionären Veränderung der Gesellschaft zu beginnen. Habermas unterliegt einem Mißverständnis, wenn er von seinen Kontrahenten glaubt: „Die Studenten- und Schülerproteste folgen vielfach Interpretationen, die entweder ungewiß oder nachweislich falsch, in jedem Fall aber unbrauchbar sind, um Handlungsmaximen daraus abzuleiten ... Zunächst spielt die Überzeugung eine Rolle, als sie beweisen, daß der staatlich geregelte Kapitalismus vor grundsätzlich unlösbaren Problemen der Verwertung des Kapitals steht. Marx hatte seine Krisentheorie aus Grundannahmen der Arbeitswertlehre abgeleitet ... Deren Geltung müssen wir dahingestellt sein lassen." (S. 9 f.)

Dies gibt zur Vermutung Anlaß, daß beide Seiten diesen Komplex bis heute nicht gemeinsam durchdiskutiert haben. Denn es läßt sich gerade an Hand der Abweisung des dialektischen Verhältnisses von Basis und Überbau seitens der Antiautoritären zeigen, wie die Arbeitswerttheorie völlig aus ihrem Denkhorizont verbannt worden ist. Die auf Marx basierende sozialistische Theorie hat stets den unaufhebbaren Zusammenhang zwischen diesen Bereichen herausgestellt und gegen jeden „revisionistischen" Korrekturversuch verteidigt. Stellvertretend für die zu Wort kommenden antiautoritären „Repräsentanten" sei demgegenüber auf Claus Offe hingewiesen, der in seinem Beitrag „Kapitalismus – Analyse als Selbsteinschüchterung" ausführlicher den Ansatz eines neuartigen Revisionismus umreißt (S. 110 f.). Rein ökonomisch hatten Reiche und Gäng bereits 1967 diese Abwendung von Marx vollzogen, und zwar in ihrer Skizze „Modelle der kolonialen Revolution" (Frankfurt a. M. 1967). Wie wenig Habermas auch mit der politischen Praxis der Antiautoritären vertraut ist, in Sonderheit mit ihren Zielvorstellungen, erhellen seine Bemerkungen über die „Aktionen um der Selbstbestätigung willen" (S. 13) und seine These Nr. 2 „Die Studenten- und Schülerbewegung verdankt ihre Erfolge der phantasiereichen Erfindung neuer Demonstrationstechniken" (S. 7) sowie seine These Nr. 5 „Aus der falschen Einschätzung der Situation folgt eine verhängnisvolle Strategie, welche nicht nur Studenten und Schüler auf die Dauer isolieren, sondern alle auf Demokratisierung drängenden gesellschaftlichen und politischen Kräfte schwächen muß" (S. 12). Habermas verfällt hier in den Fehler, die fluktuierenden äußeren Formen für das Wesentliche antiautoritärer Politik zu halten; denn wäre dem so, dann könnte die „Eroberung" des VDS durch den SDS kaum hinreichend erklärt werden.

Wenn die antiautoritäre auch keine konsequent sozialistische Politik ist, übt sie dennoch notwendige Funktionen aus. Sie veranschaulicht zum einen den brüchigen Charakter spätbürgerlicher Ideologien, zum anderen vermittelt sie die Einsicht in den Charakter und die Reife zeitgemäßer Emanzipationstendenzen. Sie schafft somit das erforderliche unruhige Potential, ohne das keine sozialistische Alternative je lebensfähig sein wird. Insofern kann sie als eine – wenn auch nur mögliche – Vorstufe zu sozialistischen Strategien bezeichnet werden.

Diese wichtige Differenzierung geht aus dem Titel „Die Linke antwortet ..." indes nicht hervor. In falscher Selbsteinschätzung identifizieren sich die Antiautoritären mit der „Linken" überhaupt. Lediglich zwei Beiträge – wohl nur als Konzessionen der Antiautoritäten an die Marxisten gedacht, um den oben erörterten Sachverhalt zu kaschieren – geben Auskunft darüber, daß es in der Bundesrepublik relevante marxorientierte Strömungen gibt, nämlich jene von Abendroth und Lederer. Sie setzen dort an, wo die Antiautoritären mit ihren Reflexionen am Ende sind, wo sie – gleich Habermas – der Dialektik abgeschworen haben. Als Beweis möge folgende Passage von Habermas selbst die-

nen: „Wohl können wir plausibel machen, daß die mit der privaten Form der Kapitalverwertung gesetzten Interessen die wichtigsten Investitionsentscheidungen, vor allem auch die, die den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bestimmen, in die Richtung, sagen wir vereinfacht: einer Militarisierung des wirtschaftlichen Wachstums lenken. Das ist bedenklich genug, aber die Stabilität des gesellschaftlichen Systems wird **nicht allein dadurch** schon bedroht." (S. 10) Hätte er ein ähnliches Verständnis der politisch-ökonomischen Problematik wie Abendroth oder Lederer, so würde er unschwer begreifen, daß die „Militarisierung" zwangsläufiges Ergebnis einer Ökonomie ist, die ausschließlich mit Hilfe der Arbeitswerttheorie auf diese Tendenzen hin empirisch überprüft werden kann: ohne permanent zunehmende Rüstung würde der heutige Kapitalismus an seinen Krisen längst zugrunde gegangen sein. Und nur von hier aus kann eine Erklärung der spätbürgerlichen „Volksgemeinschaftsideologie", des Antikommunismus, gefunden werden, ein Tatbestand, der sowohl von Habermas als auch von den Antiautoritären nur sporadisch, dann jedoch isoliert gesehen wird.

Gerhard Bessau

Eine DDR-Neuerscheinung auf dem Gebiet dessen, was Belletristik genannt wird, scheint völlig unterzugehen, obwohl sie literarisch von Hermann Kant'schem Format ist. Sie beschreibt die Arbeit einer kommunistischen Betriebszelle von 1932 bis zum Sommer 1942. Kritisch werden — fernab von theoretischen Referaten — die Probleme wiedergegeben, die sich für die „Zelle" (so heißt im übrigen das hier besprochene Buch von Hasso Grabner, Mitteldeutscher Verlag) in ihrer legalen und illegalen Arbeit ergaben; die Illusionen von der Errichtung der Sozialistischen Räterepublik Deutschland aus dem Jahre 1932 ebenso wie die Probleme, die aus dem Hitler-Stalinpakt für die Genossen folgten. Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten im Betrieb wird plastisch mit allen Schwierigkeiten geschildert und ebenso, daß die Sozialfaschismustheorie, die heute in der phänomenologischen Kritik an sogenannten Briefen an die Sozialdemokratie auch oft mitschwingt, ein bequemer und verstehbarer, aber trotzdem k e i n Ausweg aus der Schwierigkeit im Umgang mit bestenfalls Reformisten ist. Einige weitere, ausgezeichnet beschriebene Konfliktsituationen in der Zelle: alte-junge Genossen; Vertrauen in die Sowjetunion und Skepsis am Hitler-Stalinpakt; Schwierigkeiten mit „Indifferenten" Ehefrauen und ihre revolutionäre „Lösung"; Illegalität bar Roth'scher Romantik. Ein Buch, das das Selbstbewußtsein kommunistischer Arbeiter wiedergibt ohne sentimental zu werden — Anleitung zum Erlernen des Klassenkampfes heute und seiner solidarischen Formen.

Es ist für die nächste Zeit in der ideologischen Gesamtstrategie mit 2 Varianten des Kampfes gegen marx.-leninistische Theorie zu rechnen: a) positiver Marx gegen negativen Lenin. Die alte Masche, unterstützt vor allem von Antiatuoritariern und Sozialdemokraten liberaler Provenienz (IG Metall, STERN etc.); b) Lenin versus real existierenden Sozialismus, das, was man „Stalinismus" nennt. Diese Aufgabe zu erfüllen, wird nur wenigen zufallen, da die Hauptaufgabe immer noch die unter a) ist. Wie seit 50 Jahren sind vor allem Trotzkisten dafür ausersehen, die verbal ja weiterhin Lenin für sich bemühen. Hinzu gekommen sind einige, die sich Maoisten nennen, und für die stellvertretend, wenn man einmal vom ganz irrationalen nordrheinwestfälischen Sumpf um die gänzlich theorielosen Bochumer SDSler und den Führer der nordrheinwestfälischen Maoisten, den Großhandelskaufmann und Konsul v. Flatow absieht, die Heidelberger SDSler. Nachdem sie zusammen mit der damaligen antiautoritären Mehrheit des SDS das antileninistische Banner gegen die Frankfurter Mensadecke reckten und den Ausschluß der 5 Kommunisten arrangierten, mußten sie jetzt, um bei der weiteren Zerschlagung des SDS weiterzukommen, den Genossen Iljitsch und seine Erkenntnisse zur Organisationsfrage wiederentdecken (weil anders auch den Kommunisten im Betrieb nichts entgegenzusetzen wäre).

UNSERE Aufgabe wird es also sein, Leninbeschäftigung für die weitere und bessere Organisierung der Leninisten zu nutzen. Dabei wird die gerade jetzt im 1. Band erschienene und auf 6 Bände projektierte „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion", Verlag Progreß Moskau, eine entscheidende Hilfe sein. Dafür spricht zumindest der 1. Band, der ausführlich die Entstehungsgeschichte der Lenin'schen Partei, die Bewegung der Narodniki, die Auseinandersetzungen um die Jahrhundertwende unter den russischen Sozialisten beschreibt und Material für die Analyse linker Tendenzen heute liefert. Dabei ist es ein besonderer Vorzug dieses Buches, daß die verschiedenen linken Tendenzen vor ihrem sozialökonomischen und historischen Hintergrund beschrieben werden.

Zeitschriften

Da KLASSENSTANDPUNKT gerade für marxistische Intellektuelle kaum erreichbar ist ohne Verinnerlichung der Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer revolutionären Partei, kann nicht genügend die Lektüre der zweimonatlich (2,— Mark) erscheinenden „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, BZG" angeraten werden. Hier einige Hinweise aus den letzten Heften:

Annelies Laschitza, Karl Kautsky und der Zentrismus (BZG 5/68), leisten die längst fällige materialistische und vor allem auch umfassende Zentrismuskritik, bei der man bisher weitgehend auf die Arbeiten von Sozialdemokraten wie Matthias und Steinberg (beides Apologeten) angewiesen war.

Eine wichtige Etappe in der Entwicklung der revolutionären Arbeiterpartei wird in dem Artikel von Heinz Karl „Zur Entwicklung der politischen Konzeption der KPD im Kampf gegen den antidemokratischen Kurs des wiedererstarkenden deutschen Imperialismus von 1925 bis 1928" (BZG 6/68) beschrieben. In der gleichen Nummer finden wir das Protokoll der berühmten Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte am 19. November 1918 im Zirkus Busch. „Bemerkungen zum Rosa Luxemburg Bild von John Peter Nettl" finden wir neben einer ausführlichen Analyse zur „Rolle der afrikanischen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften im nationalen Befreiungskampf" in Heft 1/69, während in 2/69 die Rolle der Komintern und Aspekte des proletarischen Internationalismus im Vordergrund stehen.

Der Hochschulreform im Kontext der sozialistischen Verfassung und marxistisch-leninistischen Organisation ist Heft 2/69 von „Staat und Recht", der staatsrechtlichen Monatsschrift aus der DDR, gewidmet. Interessant ist dabei vor allem die Darstellung der Hochschulreform an den juristischen Ausbildungsstätten der DDR, die die Aufhebung der Trennung von manueller und geistiger Arbeit auf einem für die Demokratisierung und Festigung der Diktatur des Proletariats besonders entscheidenden Gebiet, nämlich der Jurisprudenz und Justiz erhellt. Da inzwischen auch nichtkommunistische Sozialisten die Klassenjustiz entdeckt, da am eigenen Leib gespürt haben, seien ihnen nicht nur die Lektüre der „Kritischen Justiz" (Europäische Verlagsanstalt) empfohlen, sondern auch STAAT und RECHT.

Hingewiesen sei weiterhin auf die zwei letzten Ausgaben der Münchner Zeitschrift für demokratische Kunst „Tendenzen": Nr. 55/56: 1918 und 1968 — Revolution und Reaktion in der Kunst, Nr. 57: WIDERSTAND (mit dem Schwerpunkt griechischer Widerstands-Kunst).

Für die, die immer noch nicht die enge Interdependenz von linkem und rechtem Opportunismus begriffen haben, sei die stete Lektüre der „sozialistischen perspektiven" des SHB — Bochum und die besondere Lektüre der Nr. 1/1969 empfohlen. Horst Peter Kasper, mit einem dicken Bücherpaket in die Semesterferien gezogen, eklektiziert, von sozialdemokratischer Wahlpropaganda und Unterbezirksanträgen umrankt, läßt sich über „Stalinisten im Bonner SDS" aus. Von Lukács ein Zitat, von Rosa eins, ein bißchen SDS-DK Atmosphäre, ein wenig aus dem berühmten Brief nichtexistenter illegaler Münchner KP-Genossen (der Brief ist — wie ja inzwischen bekannt — eine Erfindung von Thomas Schmitz-Bender), eine Prise Analyse staatsmonopolistischen Kapitalismus', den lieben Leo T. nicht vergessend — fertig ist der Anti-DKP und Anti-ADF-Brei und weiter kanns gehen in der Vorbereitung des sozialdemokratischen Wahlkampfes.

Doch nicht nur deshalb lohnt es, ein Exemplar zu bestellen. Ein ganzseitiges Poster zeigt eine SHB-Genossin, die freimütig bekennt: „Ich bin bürgerlicher Herkunft. Darum weiß ich, wieviel politische gedankenlose Bürgerlichkeit es gibt unter Leuten, die keine Alternative kennen. Dagegen kann man niemals gedankenloser Sozialdemokrat sein" (siehe die letzte Bad Godesberger-Konferenz, hei, wie die Gedanken da brillierten). „Sozialdemokrat sein, erfordert, daß man selbst denkt und entscheidet ... Ich bin Sozialdemokrat, weil Sozialdemokratie sich nie mit etwas Halbem begnügt." Richtig, sie will den Kapitalismus ganz. „Mitwirken Mitglied werden SPD 1969" (denn: Der neue Verbesserungsvorschlag von Martin Hirsch für die Vorbeugehaft: Mitglieder der NPD/CDU/CSU/SPD/FDP sind ausgeschlossen von ihr).

Drum l i n k s 2, 3, drum links 2, 3, wo Dein Platz Genosse ist, reih Dich in die Arbeitereinheitsfront, weil Du auch ein Arbeiter bist. Nicht eingereiht in die Arbeitereinheitsfront hat sich l i n k s, ein sozialdemokratisches Intellektuellenblatt, das damit die Eigenschaften seines Namensvetters aus der sozialdemokratischen Phase des SDS Anfang der 60er Jahre teilt. Den modischen Titel okkupierend, ist ein Blatt aus der Taufe gehoben, das sich in eine andere Einheitsfront einreiht: die antikommunistische. „Aber, Genosse Lederer, Du mußt doch differenzieren. Wir sind doch gar keine Antikommunisten, sondern wahre Kommunisten. Wie kannst Du uns denn mit ... in einen Topf ... Antistalinisten ... Subjektiv ist das doch ein

ganz anderer ... Denk doch an die italienischen Gen ... Gegen Ulbricht und Wehner, für den frühen Marx und den alten Ernst Fischer ... Nun gut, einige Artikel, darüber kann man ja diskutieren. Aber durch die Intervention in die ... Immerhin ist ja auch Frank Deppe dabei ..." Die Lust zum Differenzieren und noch mehr die Möglichkeit, sie schwinden mit der Zeit, in der die objektiven Funktionen solcher Organe immer deutlicher werden. Wie soll man denn eine Zeitung rezensieren, die als einzig konsistente „theoretische" Position die irrationale Wut gegen Deutsche Kommunistische Partei, ADF, SED einzubringen weiß? Eine Zeitung, die im Leitartikel von „unserem" politischen System spricht und die Bundesrepublik damit meint. Zu einigen Artikeln:

Arno Klönne schreibt über „Europa der Militärs und Monopole", ohne die Monopole zu erwähnen. Übrig bleibt ein Abklatsch von europäischen Friedensslogans, ohne die sozialökonomische Basis monopolistischer Europäisierungsströmungen auch nur anzutippen, von materialistischer Analyse ganz zu schweigen. Im editorial stellt man sich dogmatisch als „unbürokratisch, undogmatisch, souverän (im Gegensatz zur DKP)", nichtsowjetisch vor. Ein Artikel über die spanischen Comisiones Obreras folgt, der nichts von Kommunisten in Spanien zu berichten weiß, die immerhin n u r die entscheidende Rolle in den Arbeiterkommissionen spielen. Allerdings hatten die Kommunisten die Comisiones schon entdeckt, als von deren Bewunderern und „Erfindern" die Mitarbeit in ihnen noch als opportunistisch, revisionistisch usw. gebrandmarkt wurde. J. O. Grézer, alter Nationalist aus Schwenks „Neuer Politik" entdeckt im nächsten Kapitel seine Liebe für die unorthodoxe italienische KP. Die lesen der SED die Leviten und gegen die CSSR-Intervention sind d i e vielleicht! Und gegen Funktionärsdiktatur, für Autonomie von der SU — da könnte sich die DKP ein Beispiel dran nehmen. Dann folgen CSSR/Jugoslawien und VR China auf einer Seite, und dann kommt der Höhepunkt, den wir uns bis zum Schluß aufsparen, ein Engel schreibt über ROSA und die SED. Frank Deppe schreibt einen Artikel über Gewerkschaftsjugend und Mitbestimmung, der leider etwas unkritisch euphorisch die Tendenzen analysiert. Vom IG Metall Verlag „Europäische Verlagsanstalt" reich mit Anzeige und Werbeprospekt bestückt, wird über die Okkupationsmächte und die „brüderliche Hilfe" philosophiert und der Trennung von Staat und Partei in der CSSR ein Loblied gesungen. Das SPD-Mitglied Jörg Huffschmid aus Westberlin mokiert sich in einem Strategiebeitrag über traditionelle Organisationen der Arbeiterbewegung, natürlich nicht über SFIO und SPD, sondern über KPF und CGT auf der einen, DKP und SEW auf der anderen Seite. Nun ja, solche Genossen wird die Wehner-Baracke auch in Zukunft in ihren Reihen mit Außenwirkung in die APO dulden und über defensive kommunistische Parteien schimpfen lassen, ihrer Partei sind sie doch ungefährlich. Auch er hat's mit der CSSR und erleichtert es damit immer noch Unschlüssigen zu erkennen, wo die Klassenfront verläuft. Auch Andreas Buro sind die Panzer in Prag und die DKP in Westdeutschland nicht recht, und er plädiert d a h e r für die Abschaffung des jahrelang von ihm geleiteten Ostermarsches. Und so weiter und sofort.

Meine Polemik wäre keine, wenn sie nicht noch persönlicher würde. Herausgeber und Redaktionskreis ist eine Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro. Ein Sozialistisches Büro, das die Offenbacher Konferenz der Linksgruppen autoritär durch Abzug aller ihr mißliebigen Personen (Kommunisten und Fellow travellers um im naheliegenden Verfassungsschutzjargon zu bleiben) umfunktioniert hat. Ein Sozialistisches Büro, das entgegen dem Willen der Offenbacher Konferenz erstaunlicherweise zur Mehrzahl aus Mitgliedern der SPD besteht. Eine Redaktion also, die gute Chancen hat, in einigen Wochen mit dem SPD-Organ des KPD-Renegaten Leo Bauer „Neue Gesellschaft" zu fusionieren. In ihr finden sich u. a.: LSD-Vorsitzender Frank von Auer, SPD-Kämpe und HiWi von Ka-De Wolf beim Ausschluß der Kommunisten aus dem SDS, als er vor der entscheidenden Delegiertenkonferenz einige SDS-Gruppen besuchte und dort für Stimmung sorgte; Christel Beilmann: „Ihr Sozialisten seid ja so dogmatisch" (wir Katholiken nicht); Heinz Brakemeier, verstoßener Sohn der SPD, Anti-KP-Klauselexperte im Sozialistischen Bund; Klaus Vack: „Ich bin Sozialdemokrat und werde Sozialdemokrat bleiben, wenn auch ein Linker" — auf dem Höhepunkt der CSSR-Auseinandersetzung in der Kampagne Nordrhein-Westfalen. Der absolute Spitzenartikel, der umfangreichste im Heft heißt: „Manipulierte sozialistische Erbschaft" und ist von einem Angelus H. Johansen gezeichnet, einem Engel, den, wie Engel es nun einmal an sich haben, es nicht gibt, zumindest nicht unter diesem Namen. Angelus wendet sich gegen die Okkupierung Rosas durch die modernen Bolschewiki in SED und DKP. Peinlich ist das intellektuelle Niveau, das selbst vor Lügen nicht zurückschreckt. So ist ein Lenin-Zitat über Rosa angeblich noch nie in der SED-Literatur erschienen, sondern ausgespart worden, ein Zitat, das sich allerdings auf Seite 195 des 33. Bandes der von der SED besorgten Lenin'schen Gesamtausgabe wiederfindet. Von Karl Liebknecht gäbe es in der DDR keine vollständige Karl Liebknecht-Ausgabe, was auch nur jeden, der einigermaßen über DDR-Erscheinungen informiert ist, überrascht sein läßt. Sicherlich wird gerade auf diesen Artikel eine bürgerliche Selbstkritik folgen, die nur die Freiheitlichkeit dieses Blattes dokumentieren soll. Seht mal, wir haben sogar Autoren, die distanzieren sich von Artikeln in unserem Blatt. Sicherlich ist inzwischen erkannt, daß mit diesem Artikel der Bogen überspannt, der Weg frühzeitig bekannt gegeben worden ist. Daß dieser Artikel mit all seinem antikommunistischen Schwulst, daß diese Nummer mit ihrer konsistent antikommunistischen Linie erscheinen konnte, denunziert sie und ihre Initiatoren von Beginn an als das, was in dieser Rezension ausgeführt ist: Ein Gegner mehr.

Gewerkschaftsseminar — SDS-Spartakus Marburg

Am 19./20. April 1969 fand in Marburg ein gewerkschaftspolitisches Bundesseminar des SDS-Spartakus statt unter der Thematik „Aspekte der Integration der westdeutschen Gewerkschaften in das Sytsem des staatsmonopolistischen Kapitalismus — Marxistische Alternativen".

Die Referenten waren W. Gerns, F. Deppe, C. Kievenheim, R. Meyer, F. Werkmeister, H. Czymek, H. Jung. Thematische Schwerpunkte bildeten: „Staatliche Einkommenspolitik und Gewerkschaften", „Funktion der Mitbestimmung" sowie „Marxistische Alternativen zur Mitbestimmung und Politik der Marxisten in den Gewerkschaften". Im folgenden ist der Inhalt der Referate und Diskussionen zusammengefaßt.

Das erste Referat beschäftigte sich mit dem Widerspruch von Kapital und Arbeit im Stadium des Staatsmonopolistischen Kapitalismus. Auf dieser Stufe der Entwicklung wird der Staat zum Organisator und Regulator des Kapitals als Folge der wissenschaftlich-technischen Revolution. Von daher treten die Gewerkschaften in zunehmendem Maße mehr dem Staat als dem Kapital selbst gegenüber. Diesen Prozeß hat auch Benda erkannt, wenn er fordert, daß die Gewerkschaften rechtlich aus einem Kampfmittel in eine Stabilisierungskraft umgewandelt werden sollten. Er verlangt z. B. uneingeschränkte Staats- und Verfassungstreue. Indem die Herrschenden die Gewerkschaften, oder wenigstens deren Spitzen, zusammen mit der SPD-Spitze anerkennen, versuchen sie die „Linke" zu integrieren. Man versucht auf der einen Seite Arbeiterbewußtsein in bürgerliches Bewußtsein zu verwandeln, erreicht aber oder versucht wenigstens zu erreichen, daß durch die Anerkennung der Spitzenfunktionäre die Arbeiterorganisationen in Unterbau und Führung gespalten werden.

Es ergeben sich also zwei Gefahren für die Arbeiterbewegung:

erstens aus der Erweiterung der Kapitalfunktion und zweitens durch die Integration der Gewerkschaften.

In der anschließenden Diskussion ging man besonders auf das Verhältnis der Arbeiterbewegung zum Management ein. Objektiv gehört das Spitzenmanagement in Staat und Wirtschaft zur Arbeiterklasse. Das festzustellen, ist für einen Marxisten selbstverständlich, allerdings darf man sich nicht darüber hinwegtäuschen, keineswegs ein Teil der Arbeiterbewegung ist, daß diese Gruppe aus ihrer subjektiven Sicht was wir in der täglichen Kleinarbeit nicht außer Acht lassen dürfen, wenn es zum Beispiel um die Frage der Bündnispolitik geht.

Das nächste Referat behandelte bisher praktizierte Formen der Mitbestimmung (Montan-Mitbestimmung), ihre rechtlichen Voraussetzungen und Integrationsmechanismen.

Durch die Existenz der sozialistischen Staaten, besonders der DDR, war der Staatsmonopolistische Kapitalismus gezwungen, nach 1945 eine besondere Taktik anzuwenden. Man etablierte Mitbestimmungsmodelle auf der Grundlage des bürgerlichen Rechts, die letzten Endes Machtmittel in der Hand des Kapitals waren. Indem die Gewerkschaften diese Art der Mitbestimmung anerkannten, verzichteten sie auf die Zerschlagung des Großkapitals. Aber selbst diese schwachen Mitbestimmungsmodelle wurden nach und nach abgebaut. Die Montan-Mitbestimmung gilt für Unternehmen mit einer be-

stimmten Rechtsform. Ausgeschlossen sind beispielsweise Offene Handelsgesellschaften, Personalunternehmen usw., wobei die bislang im Montanbereich Mitbestimmenden keinen Einfluß auf eine neue Rechtsform eines Unternehmens haben.

Auch durch das innere Recht dieser Unternehmen wird der konkrete Inhalt des Wortes ‚Mitbestimmung' stark eingeschränkt, so daß man kaum von Mitbestimmung reden kann. So sind die Aufsichtsratsmitglieder verpflichtet, zum Wohle des Unternehmens zu arbeiten. Ferner sind die Aufsichtsratsmitglieder nicht auftragsgebunden, neben ihrer Sorgfaltspflicht besteht eine Schweigepflicht; zudem sind sie kündbar. Die Arbeitsdirektoren in diesen Unternehmen gehören zum Management, was sich unter anderem so auswirkt, daß sie in vielen Auseinandersetzungen bremsend auf die Lohnentwicklung gewirkt haben. Systematisch hat man dazu noch versucht, und dieser Versuch ist in den meisten Fällen gelungen, die Mitbestimmungsträger zu korrumpieren, indem man ihnen übermäßig hohe Bezüge zukommen ließ. Von daher ist es verständlich, wenn ein Mann wie Ernst Benda Mitbestimmung nicht generell ablehnt und sagt, die Arbeiter sollten nicht nur blind gehorchen, sondern mitdenken und mitverantworten. Es wurde in der Diskussion mehrmals gesagt, daß die erste Forderung der Abgang vom Prinzip der Nichtverpflichtung der Mitbestimmungsträger gegenüber der organisierten Arbeiterklasse sein muß.

Der dritte Beitrag beschäftigte sich mit den Mitbestimmungsvorschlägen von DGB und SPD und darüberhinaus mit Montanmitbestimmung contra Sozialisierung.

Wenn man bedenkt, daß der Staatsmonopolistische Kapitalismus zu seiner Erhaltung der Formierung bedarf, bieten auch formistische Vorstellungen die Möglichkeit, verwertbar zu sein, um das System zu sprengen. Allerdings geht der DGB-Entwurf zur Mitbestimmung von der Vorstellung aus, man müsse die Regierenden von der Notwendigkeit der Mitbestimmung überzeugen. Er betrachtet seine Vorschläge nicht als Gegenstand der Klassenauseinandersetzung. Dennoch sind die Gewerkschaften nicht einfach als integriert zu betrachten, da es n o c h die Möglichkeit gibt, durch Initiativen von unten, Bewegung zu entfachen. Selbst Brenner äußerte einmal, daß es um mehr als nur um Mitbestimmung gehe; die Arbeiter sollten vielmehr durch die Mitbestimmung lernen, die Wirtschaft selbst zu lenken. Und weiter sagte er, Mitbestimmung sei auf gar keinen Fall Sozialismusersatz. So muß man also vom marxistischen Standpunkt aus kritisieren, daß die Gewerkschaften versuchen, ein Parlament für die Mitbestimmung zu gewinnen, das unter Beweis gestellt hat, daß es nicht die Forderung und Interessen der Arbeiter vertritt und daß die Gewerkschaften versäumen, die Forderung nach Mitbestimmung zu einem Kampf an der Basis werden zu lassen. Von daher ergibt sich auf der anderen Seite aber auch als eine Aufgabe der Marxisten, in den Gewerkschaften diese Basis zur Erkämpfung der Mitbestimmung zu mobilisieren und somit zu politisieren. Die Vorstellungen der SPD sind auf Integration aus, was Wehner bestätigt, wenn er sagt, man wolle Mitbestimmung, um den Wettbewerb gegen den Sozialismus von der Basis her zu gewinnen. Die SPD will die Gewerkschaften nicht stärken, eher schwächen. In der Diskussion wurde dann noch einmal dargestellt, daß Reform eine Politik der Veränderung bewirken kann, wenn sie von unten getragen wird und daß ein politisches Konzept in der Lage sein muß, das in Bewegung geratene Potential politische Realität werden zu lassen. Man sah in einer oppositionellen Rolle gegenüber der Führung der Gewerkschaften in einem konsequenten Kampf für die Umwandlung von Beschlüssen in Praxis die Möglichkeit, den Kampf um Mitbestimmung zu einem Massenkampf werden zu lassen.

Das letzte Referat befaßte sich mit der Einkommenspolitik und den Gewerkschaften im Spätkapitalismus. Die staatliche Einkommenspolitik steht dem Hauptfeld gewerkschaftlicher Arbeit direkt gegenüber, nämlich der Lohnpolitik. Diese Einkommenspolitik zu erkennen, war der Sinn der folgenden Analyse. Auf der vormonopolistischen Stufe wirken die kapitalistischen Gesetze spontan. Ihr deutliches Kennzeichen sind dort Krisenzyklen und riesige Arbeitslosenarmeen. Allerdings ist das Wort vom freien Spiel der Kräfte in bezug auf das Einkommen eine Legende, denn schon damals gab es staatliche Eingriffe auf diesem Sektor durch das Mobilisieren der Polizei gegen kämpfende Arbeiter beispielsweise.

Auf der Stufe des Monopolkapitals nun werden die staatlichen Eingriffe immer systematischer; so durch Zwangsschlichtungen, Finanzpolitik und Steuerverteilung und nicht zuletzt durch die physischen Einwirkungen auf streikende Arbeiter.

Diese Entwicklung ist nur zu verstehen im Zuge der sich verschärfenden Widersprüche.

Nach 1945 wurden 1. die staatlichen Eingriffe bei der Einkommens- und Steuerverteilung noch umfassender und 2. begann man mit einer systematischen Planung des Staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Die Ursachen dafür waren folgende:

1. Die Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution stellte immer größere Anforderungen an die Akkumulation des Kapitals.

Das ist und war nur durch die Verringerung des Realeinkommens der Arbeiter zu erreichen.

2. Die Position der Arbeiterklasse ist stärker geworden durch die Existenz der sozialistischen Länder und den zeitweiligen Arbeitskräftemangel, wobei Reservearmeen und Krisenzyklen als Druckmittel gegen sie abgeschwächt worden sind.

3 Starke Lohn- und Gehaltserhöhungen nach 1945 wurden größtenteils durch entsprechende Preissteigerungen ausgeglichen.

4. Durch die Entfaltung der kapitalistischen Planung ist man im Interesse des Staatsmonopolistischen Kapitalismus gezwungen, das Einkommen langfristig festzulegen.

Die staatsmonopolistische Einkommenspolitik soll unter anderem den Außenhandel forcieren. Diese Einkommenspolitik richtet sich in erster Linie gegen die Gewerkschaftsautonomie, d. h. der Widerspruch zwischen Gewerkschaften auf der einen Seite und Staat und Wirtschaft auf der anderen soll durch ein übergeordnetes Gremium ausgeschaltet werden. Als Beispiele kann man dazu die Modelle in den Niederlanden und in England ansehen.

In den Niederlanden gibt es einen sozialökonomischen Rat, in dem 15 Gewerkschafter, 15 Wirtschaftler und 15 sogenannte freie Wissenschaftler sitzen. Dieser Rat legt Lohnvereinbarungen fest, die der Zustimmung der Regierung bedürfen, die auch die Möglichkeit eines Lohnstops hat.

In England gibt es an der Spitze eines perfekten staatlichen Zwangssystems einen „Nationalen Rat der Einkommenspolitik", der die Lohn- und Einkommenspolitik kontrolliert.

In der BRD beginnt diese Entwicklung erst seit dem Ende der Wiederaufbauphase durch staatliche Lohnleitlinien. Auf dem Weg dahin konstituierte sich 1956 der Wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsministeirums, der die für die kapitalistische Lohnpolitik erforderlichen Wirtschaftsdaten erarbeitete, und seit 1963, seit dem Gesetz über den Sachverständigenrat arbeitet man praktisch Lohnleitlinien aus, deren grundlegender Gedanke die „kostenniveauneutrale Lohnpolitik" ist, was bedeutet, daß der Lohn hinter den geschaffenen Werten zurückbleiben soll. Die Lohnleitlinien sollen kurzfristig wirken, während man langfristig zu einer Einkommenspolitik im Rahmen der Globalsteuerung kommen will, deren wichtigstes Instrument die „Konzertierte Aktion" ist.

Die „Konzertierte Aktion", erster Schritt einer langfristigen Steuerung der Wirtschaft, wurde nicht, wie oft angenommen wird, unter Schiller, sondern schon unter Erhard konzipiert, seit der Großen Koalition aber zur ständigen Einrichtung erhoben, die zwar die Löhne, aber nicht die Profite und Preise zur Diskussion stellt. So erlebten wir in den letzten zwei Jahren einen Lohnabbau bei gleichzeitiger Preissteigerung, während die Profite um 18,4 Prozent stiegen (hinzu kamen noch die Steuergeschenke), nahmen die Löhne nur um knapp 4 Prozent zu, ja, im Vergleich zur Produktivität sanken die Löhne von Mitte 1966 bis Mitte 1968 sogar um 14 Prozent. Diese Maßnahmen der staatlichen Regulierung sollte dazu noch die Integration der Gewerkschaften fördern, indem man jene als eine Art von überunternehmerischer Mitbestimmung hinstellte.

In der abschließenden Diskussion wurde noch einmal eine marxistische Position herausgearbeitet, indem man forderte, die gewerkschaftliche Tarifautonomie zu verteidigen und in den Gewerkschaften auf einen Austritt aus der Konzertierten Aktion hinzuarbeiten, darüberhinaus die gewerkschaftlichen lohnpolitischen Vorstellungen zu stärken und durch den Kampf um Mitbestimmung die Massen zu mobilisieren, zu politisieren und mit dieser Mitbestimmung die Position des Staatsmonopolistischen Kapitalismus zu schwächen.

Gerd Nurtsch

Soeben erschienen: **Facit Reihe 3**

Revolutionäre Strategie und antiimperialistischer Kampf in Westeuropa

von Prof. Dieter Klein

Noch zu bestellen:

Erich Eisner: Gegen die Bürger im Marxpelz –
Die antiautoritären „Linken" in der Arbeiterbewegung

facit aktuell Nr. 3: Der SDS in Sofia
(Dokumentation zur Vorgeschichte des
Ausschlusses von 5 Genossen aus dem SDS)

acit aktuell Nr. 5: Soll der SDS gespalten werden
(Kommentare, Presseberichte, Diskussionsbeiträge

BESTELLSCHEIN

..... Exemplare von facit Nr. 13/14, 15, 16 (1,— DM + Porto)

..... Expl. facit Nr. 5, 6, 9 (pro Heft 50 Pf + Porto)

..... Exemplare der FAZIT-Reihe 2 (3,— DM + Porto)

..... Exemplare der FAZIT-Reihe 3 (ca. 3,— DM — d. h. nicht darüber — **+ Porto)**

..... Jahresabonnement = 5 facit-Hefte (Normalpreis **ohne** Portokosten)

..... Abonnement der FAZIT-Reihe zur Fortsetzung (Normalpreis **ohne** Porto)

..... Exemplare facit aktuell Nr. 3 und 5

Unterschrift: Meine Anschrift: